OSI▷ZEITUNG

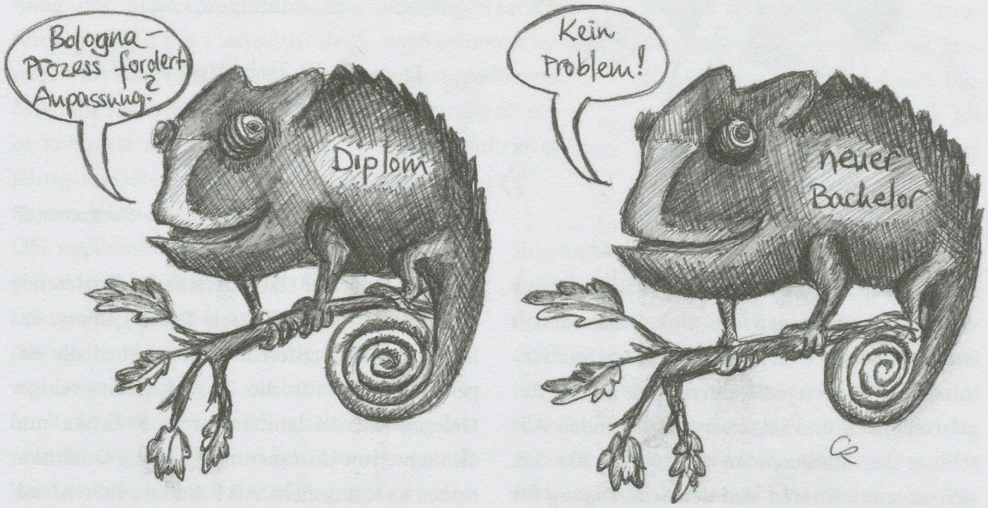
Studierendenzeitung des Otto-Suhr-Instituts, 8. Ausgabe, Juli 2009

Leerer Lehrstuhl
Die Rechtliche Grundlagen sind verwaist
Seite 4

Intrinsische Intervention?
Kritische Fragen zum SFB
Seite 6

Anstrengende Aktion
Was vom Bildungsstreik bleibt
Seite 12

Stolze Summen
Was im Haushalt alles fehlt
Seite 16



Vom Sachzwang bezwungen

Ein voreingenommener Tatsachenbericht zum Ende des OSI-Diploms

von Gerrit Horak

▷ Das Opfer: Das OSI-Diplom. Der Täter: Der Sachzwang. Der Mithilfe schuldig: Das OSI - aufgrund unterlassener Hilfeleistung. Aber der Reihe nach: Am 28.05. letzten Jahres beschloss der Akademische Senat der FU, die Zulassungszahlen für den Diplom-Studiengang zunächst für ein Jahr auf Null zu setzen. Die damalige Geschäftsleitung und das Dekanat des OSI betonten damals, es handle sich um eine zeitlich begrenzte Herabsetzung. Mit diesem Schritt sollte der politische Senat von Berlin zufrieden gestellt werden, der eine Durchsetzung des Bologna-Prozesses auch an der FU fordert. Bologna sieht bekanntlich ein Auslaufen aller Diplom- und Magisterstudiengänge vor, um sie durch BA- und MA-Studiengänge zu ersetzen. Damals war der Aufschrei noch groß. Selbst die liberale Hochschulgruppe witterte eine Katastrophe und überwand sich dazu, zum Protest aufzurufen. Im Mai dieses Jahres beschlossen zwar Institutsrat und Fachbereichsrat zunächst, die Zulassungszahlen wie versprochen wieder hoch zu setzen. Der Akademische Senat lehnte dies jedoch ab. Der Druck aus der Politik (nämlich der Kultusministerkonferenz und Bildungssenator Jürgen Zöllner), den Bologna-Prozess voran zu treiben, sei zu groß. Ein klassisches Sachzwang-Argument: Die Einbindung in einen großen Rahmen, nämlich die europäische Universitätsreform, macht Widerspruch scheinbar unmöglich. Dieses Mal folgte kein Aufruf der LHG.

Dabei gibt es nicht nur nostalgische Gründe, am Diplom festzuhalten. Der Studiengang in sei- ⏩

Messbare Leistung

EIN EXPERIMENT

VON BJÖRN UHLIG

▷ Seit Bologna ist klar: Exzellentes Studium muss schnell sein. Zum Erhalt vergleichbarer Werte für „Schnelligkeit" misst man die Semesterzahl pro Studierendem. Schnell heißt hier: In weniger Zeit mehr leisten. Wer den schnellsten Abschluss macht, über den heißt es: Leistungspunkte pflasterten seinen Weg. Egal, was als der Inhalt von Leistung gilt. Die Zahlen zählen: Abschlusszahlen, Punktezahlen, Prüfungsnoten und Abbrecherquoten. Die Zahlen bestimmen, wer exzellent ist und wer nicht. Um den Überblick zu behalten, bedarf es eines normierten Maßstabs für exzellente Leistung. Der lässt sich experimentell bestimmen: Man nehme als Rahmenbedingung einen BA-Studiengang + Auslandsjahr und –praktikum. Diesen Rahmen fülle man nun mit der größtmöglichen Menge an studiumsrelevantem Inhalt, setze einen nicht arbeitenden, kinderlosen, elitegeförderten rationalen Egoisten in den Experimentrahmen und warte. Die Einheit, die so gewonnen wird, nennen wir „eine standardisierte Studierendenstärke" (1 S). Heute hat die leistungsorientierte FU ein Problem: Die Studierenden leisten nicht schnell genug. Zu viele sind noch nicht standardisiert nach 1 S. Die gute Nachricht: Die Standardisierung ist... alternativlos! □

Inhalt

Die Uneindeutige
Ein Gespräch mit der neuen Geschäftsführenden Direktorin Dagmar Vinz
Seite 9

Prekär ist viel aufregender
Die Ideengeschichte im freien Fall
Seite 10

Berufsziel „ Politikexperte"
Ein Interview mit Eberhard Sandschneider
Seite 14

Wie Miete zahlen Kosten spart
Der Fachbereich bekommt seine Räume nicht mehr umsonst
Seite 15

Harvard verkauft Bilder
Wie die Finanzkrise auf deutsche Unis wirkt
Seite 18

Sie müssen leider draußen bleiben
Über ein Missverständnis, das keines war
Seite 19

Angst on Campus
Gedanken eines Geisterjägers
Seite 20

FU - Failing University
Der Analyse des SFB mit seinen eigenen Mitteln
Seite 22

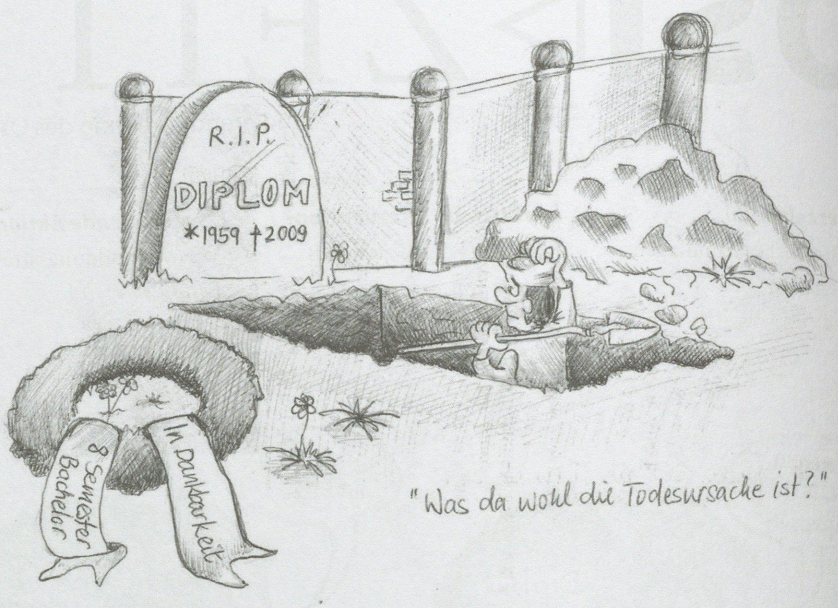


Illustration: CR

ner modularisierten Form entspricht nicht nur vielen Anforderungen des Bologna-Prozesses (wie zum Beispiel Vergleichbarkeit von Studieninhalten), sondern bietet durch seine höhere Regelstudienzeit und seinen qualifizierenden Abschluss den Studierenden viele Möglichkeiten, sich zu spezialisieren und den Studiengang für ihre Zukunftsvorstellungen zu nutzen. Der bisherige dreijährige BA ist ohne einen angeschlossenen zweijährigen Master bei weitem nicht so flexibel. Dennoch sind die Kapazitäten zur Übernahme der neuen BA-AbsolventInnen in den Master-Studiengang begrenzt, viele BA-Studierende des OSI können am Institut gar keinen Master erreichen. Das Problem tritt bisher vor allem deshalb nicht auf, weil viele Studierende nach ihrem BA für ihren MA an eine andere Universität wechseln oder noch auf Diplom studieren. Eine Alternatividee kam ausgerechnet von Universitätspräsident Dieter Lenzen. Er schlug vor, einen vierjährigen BA-Studiengang als Ersatz für das Diplom einzuführen. Dafür kam sogar verhaltenes Lob von der Fachschaftsinitiative des OSI. Dabei dürfte dies weniger eine Geste an das OSI sein, als der Versuch, die FU zur Vorreiterin bei der Anpassung des BA zu machen. BildungsexpertInnen, Dozierende und Studierende betonen seit Jahren die schlechte Studierbarkeit und den hohen Druck in dreijährigen BA-Studiengängen, die Inhalte aus Diplomen und Magistern vermitteln sollen. Das war bisher auch einer der Hauptgründe für Dozierende wie Hajo Funke und Gisela Rossa-Dubray, das Diplom zu favorisieren. Zudem geben die engen Vorgaben für die Abschlusszeit weniger Gelegenheit, Auslandssemester, Praktika und ähnliche, von Unternehmen geliebte Qualifikationen anzusammeln. Als Resultat gelten AbsolventInnen mit einem BA in der Tasche nach wie vor als deutlich schlechter qualifiziert. Matthias Jähne von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) formulierte es in der taz unlängst so: „Es werden immer wieder Stimmen laut, die einen vierjährigen anstatt einen dreijährigen Bachelor fordern. Diese Idee wurde aber an den Universitäten noch nicht umgesetzt." Ein dreijähriger BA alein ist für Jähnes Begriffe wenig wert. Dieter Lenzen möchte also zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, wenn er dem OSI entgegen kommt.

> *» Eine Alternatividee kam ausgerechnet von Universitätspräsident Dieter Lenzen. Er schlug vor, einen vierjährigen BA-Studiengang als Ersatz für das Diplom einzuführen «*

Ganz so einfach und elegant, wie das Projekt auf den ersten Blick scheint, ist es jedoch nicht. Studiendekanin Cilja Harders, Funke und Rossa-Dubray waren vom Präsidium zu Gesprächen über einen neuen BA-Studiengang eingeladen worden. Sie präsentierten dem Institutsrat am 4. Juni einen ersten Entwurf, der allerdings noch starken Nachbesserungsbedarf aufweist. Das bedeutet, dass bereits ein kompletter Entwurf zur Studienordnung erstellt und diskutiert worden ist – ohne, dass die Institutsöffentlichkeit dazu irgendetwas hätte sagen können.

Das schien aber niemanden so recht zu stören, moniert Tanja Börzel. Auch die studentischen VertreterInnen im Institutsrat, die ansonsten zu Recht häufig mehr Transparenz in der Institutspolitik anmahnen, sind in diesem Fall auffällig praktisch veranlagt. Selbst die Mitglieder der FSI OSI widmen sich in ihren Stellungnahmen primär den Inhalten und nicht den Grundsätzen. So soll zum Beispiel der dreijährige BA-Studiengang abgeschafft werden, da zwei unterschiedliche Versionen vom Präsidium nicht zugelassen werden. Das würde wiederum eine Neuordnung des Masterprogramms erfordern. Denn das vierte Jahr des neuen BA fasst inhaltlich das erste MA-Jahr zusammen. Um das Chaos komplett zu machen: Ein einjähriger Master wäre von Studierenden, die nach ihrem BA an das OSI wechseln bisher nicht belegbar. Sie benötigen einen zweijährigen MA. Das trifft auch für Lehramtsstudierende zu. Ob es aber einen einjährigen und einen zweijährigen MA nebeneinander geben kann, ist noch nicht geklärt. Nur am Rande bedauert die FSI auf ihrem Blog, dass es nicht möglich gewesen sei, über eine grundlegende Reform des BA-Studiengangs zu reden. Die „McDonaldisierung" des Studiums, die der emeritierte Professor Peter Grottian durch die Umstellung auf BA/MA sieht, ist für sie im Angesicht des Sachzwangs offenbar sekundär. Die Freiräume, die vor einigen Semestern noch erkämpft werden sollten, werden nun bereitwillig für ein weiteres Jahr im BA abgegeben.

» Die Freiräume, die vor einigen Semestern noch erkämpft werden sollten, werden nun bereitwillig für ein weiteres Jahr im BA abgegeben «

Eine besondere Bedeutung kommt in der Diskussion auch der Abschlussarbeit zu. Die Diplomarbeit ist eine umfangreiche wissenschaftliche Analyse. Einer durchschnittlichen BA-Arbeit fehlt allein schon der Platz für eine kritische Behandlung der Materie und Herleitung der wissenschaftlichen Grundlagen. Erkenntnisgewinn wäre so nur schwer möglich. Harders warf an dieser Stelle im Institutsrat ein: „Viele der Arbeiten, die ich da lese, sind geradezu Unsinn!" Sie forderte auf der Sitzung, die Länge dem höheren Arbeitsaufwand anzupassen. Das dürfte aber schwierig sein, da der Umfang solcher Arbeiten ebenfalls durch den Bologna-Prozess vorgegeben ist. Oder zumindest deren Gewichtung, die mit 15 Credits (oder Leistungspunkten) in den Gesamtworkload eingeht. Ein weiteres Problem stellen die Hürden für eine Promotion dar. Um nach vier Jahren Bachelor eine Doktorarbeit schreiben zu dürfen, müsste der Notendurchschnitt für alle Prüfungsleistungen im Studium der Bestnote entsprechen. Da der Druck schon allein bei den dreijährigen BA-Studiengängen enorm hoch ist, wenn alle Leistungen mit in die Abschlussnote einbezogen werden, würde die gleiche Regelung für den vierjährigen BA AbsolventInnen zusätzlich belasten. Studentische VertreterInnen forderten daher eine Lockerung dieser Regelung für den neuen Entwurf. Eine der kritischeren Einlassungen zum Thema.

Ein wirklicher Schritt in Richtung kritische Behandlung des Themas sind hingegen die Extra-Termine zur Diskussion der Studienordnungspläne, an denen bisher sowohl viele Studierende als auch Dozierende teilnehmen. Dort schlugen Dagmar Vinz, geschäftsführende Direktorin, Peter Massing und Sabine von Oppeln auch vor, die Kompatibilität des Masters zu erhöhen, indem man den dreijährigen BA beibehalte, ihn aber grundsätzlich überarbeite und über eine Neubewertung der Leistungspunkte mehr Studierbarkeit schaffe. Zudem sei ein Institutstag geplant, um sich mit der Materie auseinander zu setzen. Wie auch immer der Entwurf letztendlich aussehen wird, er muss schnell kommen. Bereits für das Wintersemester 2010/11 ist seine Einführung vorgesehen. Rossa-Dubray rechnet immerhin schon für Ende 2009 mit einem umsetzbaren Entwurf. Auch das findet niemand bedenklich – Sachzwang bleibt Sachzwang. □



So transparent geht es am OSI selten zu *Foto: CM*

Wir sind rechtlich gebunden

Über die Angst vor einem Rechts-freien OSI

von Franziska Grell



Sieht rechtliche Grundlagen an den Rand gedrängt: Sabine Berghan *Foto: privat*

▷ Der Arbeitsbereich Rechtliche Grundlagen der Politik ist „verwaist" - so steht es auf der Homepage des OSI. Seit dem Abschied von Ulrich Preuß 2005 ist Sabine Berghahn die einzige etatmäßige Lehrende in diesem Bereich. Und auch Berghahn ist nicht mehr lange da. Zum Ende des Semesters verlässt sie das Institut. Kein Problem, sollte man denken - der Strukturplan des OSI enthält eine W3-Professur für Rechtliche Grundlagen. Doch die kann nicht ausgeschrieben werden: Der Fachbereich ist zu knapp bei Kasse. Wie geht es also weiter mit dem Recht am OSI? Wie bei fast allen Entscheidungen der letzten Monate spielt auch diesmal der SFB 700 eine wichtige Rolle. Aktuell geht es um die Ausschreibung einer Professur auf Zeit für „Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht sowie Gleichstellungsrecht". Der Lehrstuhl soll zu Teilen sowohl vom SFB 700 als auch von der Kommission zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen (KFN) finanziert werden. Der erste Ausschreibungstext war vom Dekanat an den Institutsrat zurück verwiesen worden – zu wenig politikwissenschaftlich sei das Profil. Vertreter des SFB 700 lehnten Änderungen jedoch ab. Dann sei die Finanzierung durch die KFN gefährdet.

Auch in anderer Hinsicht zieht die geplante Professur Kritik auf sich: Das Prinzip der Bestenauslese werde verletzt, weil die Stellenausschreibung auf eine bestimmte Person zugeschnitten sei. Konkret ist damit Beate Rudolf gemeint. Deren Juniorprofessur an der juristischen Fakultät läuft aus; sie ist jedoch zur Zeit im SFB mit einem Projekt beteiligt und plant ein weiteres. Dafür benötigt sie eine Anstellung an der FU und soll diese im OSI erhalten, um weiterhin für den SFB arbeiten zu können. Das Problem erinnert an die Fälle Chojnacki und Zürcher, die das Institut im letzten Semester beschäftigten. Den Vorwurf, das Kriterium der Bestenauslese werde verletzt, bezeichnet Tanja Börzel, Professor für Europäische Integration als „Unverschämtheit" - bei KFN-Stellen müsse generell eine Person benannt werden, die für die Förderung infrage kommt. Bewerben könne sich aber jeder, da die Stelle regulär ausgeschrieben wird. Deshalb kann man, „höchstens das KFN-Verfahren kritisch sehen.", räumt Börzel ein.l Dass Rudolf die Favoritin auf die Professur ist, daraus macht man im SFB keinen Hehl. Doch: „Wir sind rechtlich gebunden."

Börzel betont, es bestehe keinerlei Zusammenhang zwischen der Ausschreibung und der Zukunft der Rechtlichen Grundlagen. Die Professur von Rudolf sei auf fünf Jahre befristet und präjudiziere nichts in Hinblick auf die rechtlichen Grundlagen, die Angst vor Übernahme durch den SFB sei unbegründet. Beate Rudolf zu einem späteren Zeitpunkt auf die W3-Stelle Rechtliche Grundlagen zu hieven, sei „nicht intendiert".

Im Institutsrat wurde beschlossen, den Ausschreibungstext um die Worte „und Politik" zu ergänzen. Außerdem einigte man sich, dass mit der Ausschreibung keine Festlegung auf eine Person verbunden sei und der Strukturplan hinsichtlich der Rechtlichen Grundlagen nicht berührt werde. Zweifel an diesen Abmachungen blieben jedoch bestehen: Die Studierenden legten daher ein Gruppenveto ein. Die Forderung der Fachschaftsinitiative (fsi), die 50 Prozent des SFB für andere Zwecke zur Verfügung zu stellen, ist laut Börzel nicht erfüllbar, da die Gelder an den SFB gebunden sind. Die Stelle von Rudolf koste den Fachbereich nichts und zusätzlich kriege man dafür neun Semesterwochenstunden Lehre, wirbt Börzel um Zustimmung für die neue Professur. ▷▷

» Der Strukturplan des OSI enthält eine W3-Professur für Rechtliche Grundlagen. Doch die kann wegen Geldmangel nicht ausgeschrieben werden «

Der Geldsegen erscheint verlockend. Doch man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Grundlagen der Politikwissenschaft schon länger für entbehrlich gehalten werden. Grundsätzlich, bemängelt Sabine Berghahn, die das Institut nach sieben Jahren verlässt, hätten sich informelle Verfahren und Verhandlungen am OSI durchgesetzt. Außerdem werde das Institut auf „den Kern einer Subdisziplin, nämlich der Internationalen Beziehungen verengt." Im Gegensatz zur reinen Rechtswissenschaft sollte die Politikwissenschaft in der Lage sein, auch die normativen Dimensionen von Politik und die gesellschaftlichen Dimensionen des Rechts zu untersuchen, liest man auf der OSI-Homepage weiter. Fragt man allerdings Sabine Berghahn, so findet eine „Unterdrückung von allem, was juristisch-normativ ist", statt. Inhaltliche Breite sei nicht mehr gewollt. „Fatal", sagt Berghahn, sei es, „wenn Themen wie Staats-, Verfassungs- oder Migrationsrecht zugunsten von internationalem Recht herausgedrängt werden."
Trotz aller Befürchtungen: Zumindest im nächsten Semester wird das OSI kein „Recht-freier" Raum werden. Hans-Joachim Mengel und Herta Däubler-Gmelin bieten insgesamt drei Veranstaltungen zum Themengebiet Rechtliche Grundlagen an, Sandra Obermayer und Simone Krauskopf erhalten bezahlte Lehraufträge. Dies ist möglich, weil noch Restmittel aus Berghahns aufgelöster Kostenstelle zur Verfügung stehen. Wirklich gelöst wäre aber auch damit nichts.
Nachtrag: Am 1. Juli beantragten die studentischen VertreterInnen im Fachbereichsrat die Rückverweisung der Angelegenheit an den Institutsrat – mit Erfolg. Ob der SFB weiterhin auf der Professur besteht, ist fraglich. □



Macht sich für Beate Rudolf stark: Tanja Börzel

Foto: privat

OSI▷NEWS

Ab nächstem Semester wird es laut einem Beschluss des Präsidiums **keine zentrale Immatrikulationsfeier mehr** geben. Stattdessen soll jeder Fachbereich seine eigene Feier organisieren – und finanzieren. In den letzten Jahren hätten aus Platzmangel nicht alle Erstsemester an der Veranstaltung teilnehmen können, so die offizielle Begründung.

Im Bereich **Politische Ideengeschichte** wird es im kommenden Wintersemester keine Vorlesung. Stattdessen wird Alex Demirovic, Professor für Politische Theorie an der TU Berlin, seine Vorlesung für OSI-Studierende öffnen. Ob und in welcher Form eine OSI-Professur im Bereich Ideengeschichte geschaffen wird ist weiterhin ungewiss (siehe Artikel).

Die umstrittene **Juniorprofessur für Europäische Integration** könnte schon in Kürze offiziell besetzt werden. Aller Voraussicht nach wird Carina Sprungk (momentan an der Harvard University) den Ruf auf die Stelle erhalten. Studierendenvertreter befürchten eine weitere Zuspitzung auf den Bereich Internationaler Politik und Regionalstudien. Sie forderten einen vorläufigen Berufungsstop sowie eine grundlegende Diskussion des OSI-Strukturplans.

Entscheidung vertagt: Die Ausschreibung der KFN-**Professur für Öffentliches Recht, Völker-Europa- und Gleichstellungsrecht** verzögert sich weiter. Es wird nun über eine Ausweitung der Stelle nachgedacht: Sie soll unter Umständen auch den Bereich der Rechtlichen Grundlagen abdecken. Eine Entscheidung fällt vermutlich erst nach Ende des Sommersemesters.

Der **Sonderforschungsbereich 700** steht vor einer Verlängerung um 4 Jahre. Eine wissenschaftliche Gutachterkommission der Deutschen Forschungsgesellschaft bewertete die bisherige Arbeit positiv. Endgültig wird im kommenden Herbst über die Verlängerung entschieden.

ANZEIGE



iz3w

Die Zeitschrift zwischen Nord und Süd
6 Ausgaben im Jahr

zum Studitarif
für 25,80 Euro

weitere Infos unter
www.iz3w.org

„Moralischen Relativismus halte ich für abgeschmackt"

Ein Streitgespräch über den Sonderforschungsbereich 700, universelle Normen und den Unterschied von Menschen und Ameisen

von Marcel Heberlein



Bernd Ladwig und Mathias Bartelt im Gespräch

Foto: CM

▷ **OZ:** Der SFB 700 sieht sich seit einigen Monaten heftigen verbalen Angriffen ausgesetzt. Vor allem die Teilprojekte, die sich direkt oder indirekt mit dem Einsatz militärischer Gewalt beschäftigen, stehen im Fokus der Kritik. Herr Ladwig, Sie sind als Theoretiker am SFB für die normativen Grundlagen zuständig. Einer ihrer Texte trägt den Titel: „Gebotene Fremdbestimmung". Sind Sie ein Interventionsforscher?

Ladwig: Ich muss meine Antwort mit einer Richtigstellung beginnen: Der Titel, den Sie meinen, lautet „Gebotene Fremdbestimmung?". Das Fragezeichen ist mir wichtig. Der Text ist kein Plädoyer dafür, ganze Gesellschaften einem fremden Diktat zu unterwerfen. Vielmehr will ich wissen, was man tun kann, wenn ein zur kollektiven Selbstbestimmung fähiges gesellschaftliches „Selbst" noch gar nicht existiert, weil die Gesellschaft zutiefst fragmentiert ist oder weil ihre Außengrenzen umkämpft sind. Unter solchen Bedingungen kann die Anwesenheit externer Akteure erforderlich sein, damit überhaupt fundamentale Aufgaben des Regierens gelöst werden. Ich halte zwei Aufgaben für fundamental: die Sicherung eines inklusiven und diskriminierungsfreien Zugangs zu menschenrechtlichen Grundgütern und die Förderung gesellschaftlichen Zusammenhalts, um demokratische Selbstregierung möglich zu machen.

Die Anwesenheit externer Akteure ist oft eine Folge militärischen Eingreifens, und insofern bewegen wir uns in den Spuren der Debatte um „humanitäre Interventionen". Aber wir wenden unsere Aufmerksamkeit einer oft verdrängten Folgefrage zu: Was ist nach einer solchen Intervention - einmal unterstellt, sie war grund- ▷▷

sätzlich gerechtfertigt - zu tun? Kann man das Zielland dann sich selbst überlassen? Oder muss man sich auf eine längerfristige Präsenz einrichten, weil die Ursachen, die eine Intervention nötig machten, weiter bestehen und weil die Voraussetzungen für eine nach innen und nach außen verantwortliche kollektive Selbstbestimmung noch nicht erfüllt sind? Solchen Fragen gehe ich mit meinem Teilprojekt in einer normativen Einstellung nach. Wenn Sie das „Interventionsforschung" nennen wollen, so muss ich das hinnehmen.

OZ: Mathias, Du gehörst zu den KritikerInnen des SFB. Wie können „fundamentale Leistungen des Regierens" bereitgestellt werden, wenn es ein zur Selbstbestimmung fähiges Gemeinwesen garnicht gibt: Ist das keine legitime Frage?

Bartelt: Der Frage nach dem Wie der Bereitstellung „fundamentaler Leistungen des Regierens" muss - bei aller Begrüßung des Ansatzes der (Menschen-) Rechtsstaatlichkeit - eines zuvor gehen: die Frage nach dem Warum. Ich stelle die Prämisse in Frage, ob dieses „Regieren" notwendig ist. Und ohne diese Prämisse ist die Schlussfolgerung und weitere Frage nach dem Wie gar nicht zulässig.

Ladwig: Offenbar stellen Sie nicht in Frage, dass jeder Mensch einen sicheren Zugang zu menschenrechtlichen Grundgütern haben sollte. Was Sie in Frage stellen, ist, ob es dazu irgendeiner Form des Regierens bedarf. Ich halte kollektiv verbindliches Entscheiden für erforderlich, um unter realistischerweise zu erwartenden Randbedingungen mit Problemen kollektiven Handelns klarzukommen. Menschen tun, anders als Ameisen, nicht automatisch, was ihrem Zusammenleben und dem Gedeihen des Einzelnen dient. Und sie werden, außer vielleicht in sehr kleinen und homogenen Gruppen, Sicherheiten über das Tun und Lassen anderer brauchen, die ohne absichtsvolle Handlungskoordination nicht zu haben sind.

» Wo Warlords das Sagen haben, kann sich kein effektiver demokratischer Wille bilden «

Bartelt: Was ist „Regierung"? Muss es eine geben? Thomas Hobbes' Souveränitätskonzept des Gewaltmonopols, auf das Sie sich wesentlich berufen und das bei Weitem nicht das einzige ist, bietet keine hinreichende Antwort. Sind wesentliche Vorstellungen „unserer" Breiten - auch hinsichtlich (verbindlicher) Entscheidungen - universalisierbar? Um mit Ihnen zu antworten: Ich würde mir dies von meinem Erfahrungsstand her wünschen. Doch ich muss annehmen und im Zweifel akzeptieren, dass andere „kulturelle", „ethnische" Kontexte, bspw. „Naturvölker", zu anderen Schlüssen kommen können als ich selbst. Dies folgt nicht zuletzt aus Ihrer eigenen Grundprämisse in „Gebotene Fremdbestimmung?" über den „normativen Individualismus", auf dem alle Moral basieren müsse.

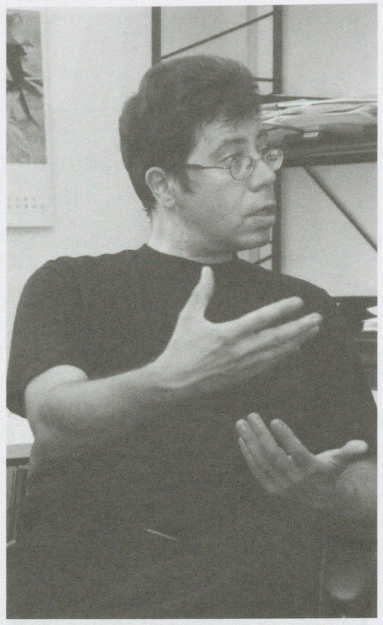
Ladwig: Ich stimme natürlich zu, dass die Souveränitätsvorstellung des Thomas Hobbes verbesserungsbedürftig ist. Der Hobbessche Staat ist kein Rechtsstaat und er ist nicht demokratisch. Andererseits hat Hobbes Recht, wenn er sagt, dass physische Sicherheit die faktische Voraussetzung alles Weiteren ist. Wo Warlords das Sagen haben, kann sich kein effektiver demokratischer Wille bilden.

Bartelt: Problematisch beim SFB 700 sind auch die von außen heran getragene begriffliche Konzeption der „Governance" und die Setzung von „(Räumen) begrenzter Staatlichkeit". Wird aus berechtigter („westlicher") Selbstkritik gleich ganz auf „Demokratieexport" verzichtet, sondern in „ehrlicher Weise" die „Governance" beim Namen genannt?

Ladwig: Den Governance-Begriff verwende jedenfalls ich gleichbedeutend mit „Regieren" (im Unterschied zu „Regierung"). Das hat den Vorteil, dass man zwei Fragen begrifflich offen halten kann. Die eine lautet: Wer regiert? Die andere: Wie wird regiert? Dadurch bekommt man den Raum, um empirisch zu klären, welche Alternativen zu staatlicher Steuerung es gibt. Nach solchen Alternativen wird im SFB gefragt. Und kein Vorwurf wird im SFB selbst mit so viel Verve vorgetragen wie der Vorwurf des Eurozentrismus.

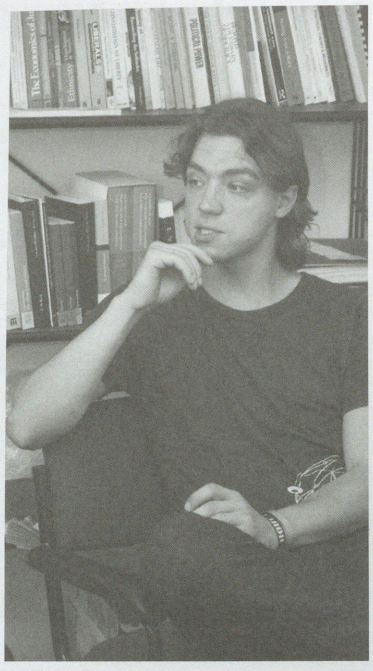
Nun kann man den Governance-Begriff auch ideologisch verwenden, indem man sagt: „Die Menschen anderswo brauchen gar keine auf ihre eigenen Voraussetzungen zugeschnittene Spielart von Demokratie, die sollten froh sein, wenn wir sie effektiv mit öffentlichen Gütern versorgen." Das wäre eine technokratische Attitüde, die ich verwerflich fände. Wer so dächte, sähe in anderen Menschen Empfänger von Wohltaten, aber keine selbstbestimmungsfähigen Subjekte eigenen Rechts. Außerdem ist die Festlegung, was als öffentliches Gut zu gelten hat, selbst rechtfertigungsbedürftig.

Bartelt: Ihrem Begriff des „Regierens" wird durch Kritiker/innen eine eben solche „herrschaftsperspektivisch-technokratische" Attitüde entgegen gehalten. Und der Eurozentrismus-(Selbst-)Kritik im SFB scheint mir keine ⏩



Stellt sich der Kritik: Bernd Ladwig

Foto: CM



Stellt die Grundannahmen des SFB infrage: Mathias Bartelt *Foto: CM*

solche der eigenen Prämissen – nicht zuletzt als „europäisch" Sozialisierte – zu folgen. In „Gebotene Fremdbestimmung?" stellen Sie normative Bedingungen für „Eingreifende" und des „Eingreifens" auf. Erfüllt „der Westen", von „dessen Werten" hier ausgegangen wird, diese Bedingungen? Erfüllt er zur Genüge das nicht nur formale (Gewaltenteilung, Rechtssicherheit), sondern auch inhaltliche (demokratische, soziale Rechte, Gleichheit vor dem Recht) Kriterium Rechtsstaat?

Ladwig: „Der Westen" hat allen Grund zu radikaler Selbstkritik, mit Blick auf (neo)koloniale Praktiken, die keineswegs Vergangenheit sind. Ich finde es zum Beispiel schlicht beschämend, dass die Bundesrepublik wieder an dritter Stelle der Rüstungsexporteure dieser Welt steht. Nur, soll die Konsequenz daraus lauten, dass wir uns überhaupt nicht mehr einmischen, nicht einmal in Angesicht massiver und flächendeckender Verletzungen der schlechthin grundlegenden Menschenrechte? Hinsichtlich solcher Akte finde ich jeden moralischen Relativismus abgeschmackt. Mit Blick darauf kann das Souveränitätsprinzip nicht gegen externe Eingriffe ausgespielt werden, wenn sie denn notwendig, verhältnismäßig und aussichtsreich sind.

» Eine ehrliche, weltweit gleichberechtigte Diskussion über eine „Grundordnung" der Welt, würde ich begrüßen «

Wir brauchen als Fluchtpunkt unserer internen Kritik die Idee einer vollständig gerechten gesellschaftlichen Grundordnung, in welcher der gleiche moralische Wert aller Menschen unverkürzt verwirklicht wäre. Und eine solche Grundordnung könnte heute nur mehr weltumspannend sein. Einer solchen Weltordnung kommen wir aber nicht näher, indem wir sagen: „Solange bei uns vieles im Argen liegt, dürfen wir gegen noch so himmelschreiendes Unrecht anderswo nicht vorgehen".

Bartelt: Ein festzustellender „moralischer Relativismus" bedingte Universalisierbarkeit: Dies bezweifle ich in Theorie (Anliegen) und Praxis („tatsächliche" Anliegen bzw. Taten). Ein wahrhaftiges, „aufklärerisch"-tolerantes, konstruktives und begründetes Selbst-Hinterfragen zusammen mit den übrigen Menschen der Welt als notwendige Bedingung von Universalisierbarkeit führt mithin zu der „Erkenntnis", dass die angenommene Universalisierbarkeit mancher „unserer" Werte nicht durchweg legitime Geltung beanspruchen kann.

Eine ehrliche, weltweit gleich berechtigte Diskussion über eine Ihnen vorschwebende „Grundordnung" der Welt, der UNO, damit auch (der Souveränitätsansprüche) von Mitgliedsstaaten und Staatenbünden wie der EU würde ich begrüßen. Dies könnte weltweit Legitimität beanspruchen.

OZ: Was haben Sie beide aus diesem Gespräch mitgenommen?

Ladwig: Auffällig finde ich, wie weit Herr Bartelt ins Weltanschaulich-Allgemeine ausgreift, um seine Zweifel an der Legitimität des SFB und an meinem Projekt zu erläutern. Mir stellt sich der grundlegende Dissens folgendermaßen dar: Herr Bartelt hält die Welt für so sehr zerklüftet von Machtverhältnissen, dass er meint, eine zwanglose und inklusive Verständigung über global gültige Normen, und damit wahrhafte Universalität, sei noch gar nicht möglich. Daher lehnt er jedes Eingreifen in „nichtwestliche" Gesellschaften ab. Ich meine dagegen, wer wirklich eine zwanglose und inklusive Verständigung von Menschen – und nicht etwa von Kulturen oder Kollektiven als solchen! – anstrebt, kann die globale Gültigkeit einiger Normen nicht bestreiten. So können sich Menschen nur dann gleichberechtigt über Normen verständigen, die für alle gelten sollen, wenn alle bereits effektiv als gleichberechtigt anerkannt sind. Dazu gehören auch minimale menschenrechtlich begründete Sicherheiten und grundlegende Leistungen. Dann aber kann die Leitfrage unseres Projekts, wer wen wie regieren darf, wo solche Voraussetzungen erst zu schaffen sind, nicht unzulässig sein.

Bartelt: Der „Endspurt" des Gesprächs ist weiter führend: Sich über eine wie immer geartete „Weltverfassung" und damit nicht zuletzt eine überfällige Reform der UNO Gedanken zu machen. Weiter führender als die bloße Frage wie „wir" de facto von „uns" ausgehend in anderen Staaten „intervenieren" können. Trotz des richtigen Ansatzes des gleichberechtigt zwischenmenschlichen statt zwischenkulturellen Agierens. Die Frage, „... wer wen wie regieren darf ...", kann genau so wenig hinweg definiert werden, wie das zwischenmenschlich konstituierte Faktum „Macht" dies durch die Setzung eines „herrschaftsfreien Raumes" kann. Ob der Gegenbeweis zu diesem „Raum" das „Regieren" oder die „Governance" ist, ist nicht zufriedenstellend beantwortet. Eben so wenig, in wie weit es sich im SFB 700 und Herrn Ladwigs Projekt um „ehrbare Anliegen" handelt. □

Mathias Bartelt *studiert Philosophie an der FU Berlin.*

Bernd Ladwig *ist Juniorprofessor für Moderne Politische Theorie am OSI und leitet ein Teilprojekt "Normative Standards guten Regierens" am SFB 700.*

Die Uneindeutige

Ein Gespräch mit Dagmar Vinz

von Christa Roth



Foto: privat

▷ Mehr Understatement geht nicht. Dagmar Vinz, neue Geschäftsführende Direktorin des OSI, sitzt lässig rauchend vor dem Roten Café und schaut dem Treiben des ersten Streiktags zu. „Eigentlich bin ich ja Nichtraucherin". Sie betont das, denn sie möchte ein gutes Vorbild abgeben. Dazu lacht sie ein wenig spöttisch, fixiert aber weiterhin ihr Gegenüber, um zu sehen, ob der Versuch zu ironisieren geglückt ist.

Der Blick in den Lebenslauf der ehemaligen OSI-Studentin verrät, Vinz ist für Überraschungen gut. 2003 promoviert sie am Lehrstuhl von Elmar Altvater, emeritierter Professor und Koryphäe für politische Ökonomie. Ihre Dissertation dreht sich um ein genderspezifisches und ökonomisch sinnvolles Nachhaltigkeitskonzept zum „modernen Ernährungssystem". Abgerundet wird dieses scheinbar linke Profil durch eine Mitgliedschaft im Wissenschaftlichen Beirat von Attac, dem auch Altvater angehört.

Nicht in dieses Bild passt dagegen Barbara Riedmüller, Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft. Mit ihr publizierte Vinz 2007 eine Aufsatzsammlung zu Gender und Diversity. Auslöser für diese Zusammenarbeit war ein gleichnamiges Exzellenzcluster, das von Vinz damals koordiniert wurde und unter der Leitung von Riedmüller stand. Einen Widerspruch in der Wahl ihrer gegensätzlichen MentorInnen will Vinz allerdings nicht erkennen. „Für Riedmüller war es kein Problem, dass ich bei Altvater war, was ja schon mal positiv hervorzuheben ist", sagt sie. „Und Altvater hat sich, denke ich, für mich gefreut, dass ich diese Erfahrung im Wissenschaftsmanagement sammeln konnte".

Sich eindeutig zu positionieren, vermeidet Vinz gekonnt. Sie appelliert an die Studierenden, „ihren Beitrag zum Bildungsstreik zu leisten, dass Studienbedingungen auch weiter in der Gesellschaft und den Massenmedien diskutiert werden". Andererseits versucht sie Studiengebühren in Höhe von insgesamt 4500 Euro für den dreisemestrigen Masterstudiengang „Gender und Diversity" zu rechtfertigen. Vertretbar sei das, meint Vinz, weil man sich mit diesem weiterführenden Studiengang gar nicht an Studierende richte, die ihren Eltern auf der Tasche liegen. Die Zielgruppe besteht eher aus „im Berufsleben stehenden, älteren Menschen", für die der Betrag eine andere Größenordnung darstelle. Dem Vorwurf von der Privatisierung der Hochschule entgegnet sie, dass die Gebühren in die Honorare der eingeladenen PraktikerInnen und in „keine grundlegenden Dinge" fließen. Erst jetzt zündet sich Vinz die über dem Gespräch erloschene Zigarette wieder an. Dann offenbart sie, trotz des breiten studentischen Protestes am OSI, „den BA zur Zeit nur auf dem Papier" zu kennen. „Und das ist eine schwierige Grundlage, um zu sagen, wie sich das im Studium auswirkt". Dabei hat sie 2004 die Kritik selbst formuliert, dass nämlich der „Versuch, Lehre, Selbstverwaltung und Forschung mit einem guten Leben in Einklang zu bringen, nicht selten in einem Synchronisationsdilemma" endet. Für ihre Projekte am OSI will Vinz sich künftig mehr Zeit lassen. „Ich habe schon ein paar Ideen" sagt sie, doch welche genau, „das kann ich jetzt noch nicht sagen". Diesmal wirkt ihr Lachen unsicher. Ganz so, als ob sie nicht nur ihr Gegenüber, sondern auch sich selbst für einen kurzen Moment nicht recht einzuschätzen wüsste. □

» Sich eindeutig zu positionieren, vermeidet Vinz gekonnt «

Prekär is' eh viel aufregender

Die Ideengeschichte im freien Fall

von Max Czollek



Trauerbeflaggung im Foyer der Ihne 21 *Foto: AB*

▷ Im letzten Artikel zum Thema Ideengeschichte verwandte ich ein Gleichnis, um die Situation in der Ideengeschichte zu beschreiben: Der Prozess trete auf der Stelle wie ein Hamster im Laufrad. Heute weiß ich, dass diese Einschätzung falsch war: Die Ideengeschichte befand sich nicht in der Endlosschleife. Sie befindet sich in einem konsequenten Absturz.

Strukturplanänderung (04.06.08): die Vollprofessur Ideengeschichte (Besoldung W3) wird zu einer Juniorprofessur (W1) herabgestuft - zu Gunsten der Neuberufungen der SFB-Mitarbeiter Zürcher und Chojnacki (beide im Bereich der Internationalen Beziehungen) // Formierung einer Protestbewegung unter den Studierenden gegen die Intransparenz der Entscheidung und für eine Vollprofessur Ideengeschichte // Bildung einer Berufungskommission für die Besetzung der Juniorprofessur mit tenure-track (Entfristung der Professur nach 6 Jahren) zum WiSe 09/10 (die OZ begleitete diese Entwicklung).

Wer zu Beginn dieses Sommersemesters den Nachtrag zum KVV einsah, konnte feststellen, dass die Vorlesung Ideengeschichte nicht mehr von Klaus Roth angeboten wird. Kurzfristig war ihm mitgeteilt worden, sein Vertrag werde nicht verlängert. Als Reaktion reichte Roth Klage ein. Wenig überraschend konnte für das laufenden Semester kein adäquater Ersatz gefunden werden. Die Vorlesung wurde von der Germanistin Christina Ujma übernommen. Drei weitere Seminare sollten das Modul ausfüllen. Ein kurzer Blick auf die inhaltlichen Schwerpunkte macht deren unzureichende thematische Breite deutlich: Es fehlen Antike, jüdische-christliche Tradition, Mittelalter, Renaissance – somit die Klassiker der politischen Theorie von Aristoteles bis Rousseau. Gleichzeitig ist die professorale Betreuung für das Pflichtmodul seit der Kündigung Roths nicht mehr gewährleistet.

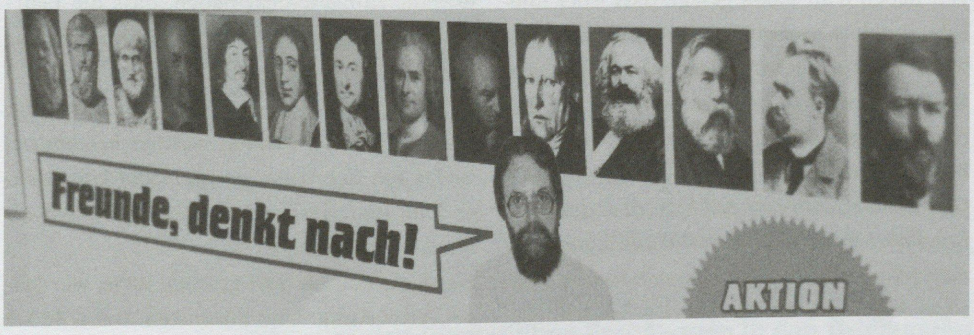
Die Situation verschärfte sich, als das Präsidium die Zustimmung zur Ausschreibung der Juniorprofessur Ideengeschichte mit tenure-track verweigerte. Das Verfahren wurde daraufhin gestoppt, die Frage wieder zum Gegenstand der Instituts-Gremien.

Momentan ist für die Ideengeschichte eine Mittelbau-Stelle vorhanden (bedeutet: weniger Geld als für eine Professur). Ohne Extrakosten könnte sie in eine Juniorprofessur über 6 Jahre OHNE tenure-track umgewandelt werden, also ohne Entfristungschance am Ende der Laufzeit. Soll der Tenure-Track dabei sein, müsste eine andere Stelle dafür umgeschrieben werden. Das ginge womöglich auf Kosten der Planstelle für "Rechtliche Grundlagen der Politik, Gender und Di- ▷▷

» Eine professorale Betreuung des Pflichtmoduls Ideengeschichte ist seit dem Weggang von Klaus Roth nicht mehr gegeben «

versity"; als Lösung ein Pyrrhussieg, tauschte man doch den einen für den anderen Mangel.
Zwar sprach sich der Dekan Herr Beck für den tenure-track aus, das Präsidium und die anderen Kostenstellen am Institut verweigern jedoch ihre Zustimmung. Der tenure-track, gedacht als Kompromissvorschlag der Studierenden, ist damit in weite Ferne gerückt.
Nun hat eine Juniorprofessur ohne tenure-track mit 4 SWS Lehrverpflichtung ein mageres Lehrdeputat. Eine Zeitprofessur hingegen verfügt über 9 SWS und wäre auch für erfahrene WissenschaftlerInnen interessant. Mehr kosten würde sie auch nicht. Für einen Bescheid müsste man aber auf die Kooperationswilligkeit eines neuen Präsidiums setzen. Diese Bereitschaft ist nicht abzusehen.
Wie Kooperation gehen kann, zeigt derweil der neue Dekan des Fachbereichs Politik- und Sozialwissenschaften (FB PolSoz) Klaus Beck. Statt Desinformation und der Verweigerungshaltung, die seine Vorgängerin Barbara Riedmüller auszeichnete, sind nun zum ersten Mal produktive und ernsthafte Gespräche mit den Studierenden möglich, die auf beidseitigem Respekt aufbauen. Die Schwierigkeiten finden sich im Fall Ideengeschichte auf anderen Ebenen: Das Präsidium ist nicht bereit, mehr Geld zur Verfügung zu stellen, als tatsächlich im Strukturplan des OSIs vorgesehen ist: Der FB PolSoz sei der reichste Fachbereich der FU und solle die Stelle selbst bezahlen. Der FB verweist auf das Institut, der Institutsrat murmelt, das OSI habe kein Geld. Diese Feststellung ist prinzipiell richtig - das OSI ist pleite. Geld findet sich dennoch, wenn auch ungleich verteilt auf die verschiedenen Kostenstellen: Was hier fehlt, ist der politische Wille für mehr Verteilungsgerechtigkeit.
Das Präsidium verlangt außerdem für den Fall einer Vertretungsprofessur ein talent-scouting, welches potentielle KandidatInnen noch vor Bildung der Berufungskommission sichtet und vorschlägt. Ein weiteres Argument des Präsidiums verweist auf die Klage von Klaus Roth: So lange das Verfahren über dem OSI wie ein Damoklesschwert drohend schwebt, kann nichts entschieden werden. Das Präsidium will eine Klärung der Situation. Dieser Forderung wird Herr Roth schwerlich Folge leisten: Lässt er seine Klage fallen, ist seine Verhandlungsposition aufgehoben. Die Argumentationen des Präsidiums zielen dabei aber weniger auf Konsistenz, denn auf Zeit, um die Besetzung der Stelle - und damit die Freigabe der vorgesehenen Mittel - hinauszuzögern. Innerhalb der Studierenden herrscht kein Konsens über die richtige Haltung in der Ideengeschichte. Sowohl die Zeitprofessur als auch die Juniorprofessur mit tenure-track findet AnhängerInnen. Ein Klassiker bleibt die Frage: Kooperation oder APO. Allerdings ist allgemein eine Tendenz zu einer gemäßigten Haltung festzustellen, welche auf Kooperation mit den Gremien setzt und im Fall Ideengeschichte der Zeitprofessur klar den Vorzug gibt.
Gleich welche Option, es muss nun schnell gehandelt werden, damit die Lehrsituation in Zukunft nicht so unhaltbar bleibt, wie sie momentan ist. Für das kommende Semester ist nun zunächst ein Outsourcing der Vorlesung an Alex Demirovic (Gastprofessur für Politikwissenschaften an der TU) geplant. Die Gefahr ist groß, dass sich das Präsidium so entlastet fühlt und keine Mittel frei gibt – es ginge eben auch prekär irgendwie weiter. Eskalierte die Situation hingegen durch einen Rückzug Demirovics, würde das möglicherweise genug Aufmerksamkeit erregen und damit Druck auf das Präsidium aufbauen, die Lage am OSI zu lösen. Unter den Studierenden muss dabei abgewogen werden zwischen kurzfristigen Ausfällen im Grundstudium und einer de facto nicht existenten professoralen Betreuung von DiplomandInnen in der Ideengeschichte.
Eine Lösung der Problematik ist in weite Ferne gerückt, weil beim Fall Ideengeschichte so einiges zusammenkommt: Die unwürdige Behandlung von Klaus Roth, die katastrophale Lehrsituation für die Studierenden, die Mittelknappheit am Institut und die geschlängelte, kaum erkennbare Linie des Präsidiums. □

» Geld findet sich, wenn auch ungleich verteilt. Was hier fehlt, ist der politische Wille für mehr Verteilungsgerechtigkeit «



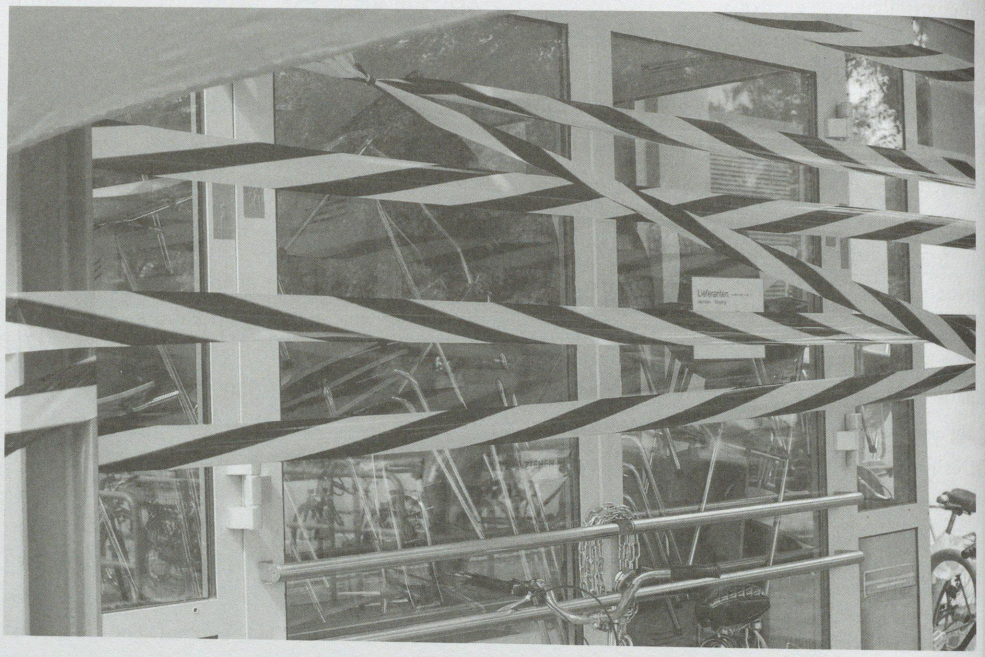
Auf Du und Du mit den Größen der Politischen Theorie: Klaus Roth

Foto: AB

„Wir haben einen Eindruck hinterlassen"

Ein Gespräch mit Dennis Lantzberg über den Bildungsstreik und seine Folgen*

von Moritz Ritter



Das besetzte OSI während des Bildungsstreiks *Foto: ABI*

▷ **OZ:** *Sechs Tage war das OSI während des Bildungsstreiks besetzt. Schlussendlich wurde die Besetzung aufgegeben. Warum?*

DL: Weil wir gemerkt haben, dass uns ein Konzept fehlt, wie wir die Besetzung weiter gestalten wollen mit eigenen Veranstaltungen. Außerdem haben wir nach der anstrengenden Woche gemerkt, dass wir zu wenige waren. Viele Leute hatten keine Lust mehr, sich an der Tür mit unbedingt arbeitswilligen Leuten auseinanderzusetzen.

OZ: *Es gab WiMis, ProfessorInnen und Angestellte in der Verwaltung, die erheblich in ihrer Arbeit gestört wurden. Wie war das für dich, sie abzuweisen? Viele von ihnen haben die Studierende in ihren Positionen doch unterstützt.*

DL: Das ist natürlich immer problematisch. Wir haben früh schon gesagt, dass jeder und jede, die dort hinkommt, dies aus einem guten Grund tut, aber wir nicht jedes Mal darauf Rücksicht nehmen können. Sonst hätte jeder reinkommen können und dann wäre es keine Besetzung mehr.

OZ: *Es war relativ schnell klar, dass der Prüfungsbetrieb weitergeführt wird und es Ausnahmeregelungen z.B. für DiplomandInnen oder sogar Angestellte der Bibliothek geben soll.*

DL: Was die DiplomandInnen betrifft, wollten wir unseren Mitstudierenden natürlich nicht ihre Abschlüsse verbauen. Das wäre nicht gegangen.

OZ: *Außerdem wart ihr eigentlich zu wenige Menschen, um das Gebäude besetzt zu halten. Trifft dann nicht der Vorwurf zu, dass das eine Scheinbesetzung von Broses Gnaden (Anm.: Herr Brose ist Leiter der Fachbereichsverwaltung) war?*

DL: Das stimmt ein Stück weit. Ich würde aber nicht sagen, dass es eine Scheinbesetzung war, denn der Lehrbetrieb war lahmgelegt und der Forschungsbetrieb auch. Das mit der geringen Beteiligung ist schade und hat mich nach der großen Beteiligung am Montag überrascht. Ich glaube, dass einfach viele DozentInnen E-Mails rumgeschickt haben, dass die Lehrveranstaltungen ausfallen und dann viele gar nicht erst gekommen sind.

OZ: *Das Präsidium war ebenfalls für einige Stunden besetzt. Wände wurden beschmiert, Bilder von der Wand gerissen und eine Menge Müll hinterlassen. War das denn mehr als blanke Verwüstung?*

DL: Das, was ich dort gesehen habe, war keine Verwüstung. Und ansonsten, wenn 300 ▷▷

» Ich glaube nicht, dass das Präsidium den Streik aus tiefer Überzeugung unterstützt hat «

Leute in so ein Gebäude stürmen, das nicht unbedingt dafür ausgelegt ist und sich da in engen Gängen verteilen, kann es schon mal sein, dass etwas runterfällt. Absichtlichen Vandalismus konnte ich nicht beobachten.

OZ: *Ihr seid abgezogen, ohne dass Forderungen erfüllt wurden. Warum?*

DL: Es waren zwei Hundertschaften Polizisten da und haben den Studierenden mit Anzeigen gedroht und es bestand keine Aussicht darauf, dass Lenzen mit uns sprechen würde. Letztlich hatten wir aber ganz klar rübergebracht, dass zwischen dem Präsidium und den Studierenden keine Einigkeit besteht, auch wenn Dieter Lenzen das gerne gehabt hätte.

OZ: *Das Präsidium hat mit dem Berliner Senat für mehr Geld für die FU gekämpft. Warum standen die Studierenden nicht geschlossen hinter dem Präsidium?*

DL: Ich glaube nicht, dass das Präsidium den Streik aus tiefer Überzeugung unterstützt hat. Der Streik war nur Mittel zum Zweck, um auf den Senat noch mehr Druck auszuüben. Viele Maßnahmen, die wir kritisieren, ob es nun Campus Management oder die Art und Weise der Einführung von Bachelor und Master ist, hat das Präsidium zu verantworten. Ich sehe da mehr Dinge, die uns trennen, als Dinge, die wir gemeinsam haben.

OZ: *Von vielen Studierenden, die sowohl dem Bildungsstreik, als auch der Besetzung ferngeblieben sind, wurde beanstandet, dass der Bildungsstreik instrumentalisiert wird, z.B. für Kapitalismuskritik. Habt ihr die Menschen falsch angesprochen?*

DL: Nein, das würde ich nicht sagen. Ich kann jede und jeden verstehen, der oder die bei dem schönen Wetter lieber zuhause geblieben ist und keine Lust hatten, mit den BesetzerInnen zu diskutieren. Vor allem am Montag haben wir aber auch sehr viele interessante Diskussionen geführt und sehr positive Resonanz bekommen. Was die Kapitalismuskritik angeht, bin ich der Meinung, dass man sich Hochschulpolitik nicht außerhalb des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhangs anschauen kann. Das wäre auch kompletter Unsinn! Denn wie will ich denn Argumenten wie „Es ist nicht mehr Geld für die Bildung da" begegnen, wenn geradezu auf der Hand liegt, dass Geld für andere Sachen sehr wohl da ist. Da muss ich doch die gesamtgesellschaftliche Relation im Auge behalten.

OZ: *Aber manche wurden definitiv davon abgeschreckt. Kann es nicht sein, dass diese Systemkritik einfach zu parolenhaft und pauschal vorgetragen wurde? Müsste man nicht überlegen, wie man so etwas besser vermittelt?*

DL: Viele Leute sagen, es ist zu platt, zu parolenhaft, aber gleichzeitig werfen die Meisten ein Flugblatt weg, das länger als eine DIN-A5-Seite ist. Ich denke, viele, die an der Besetzung aktiv mitgearbeitet haben, wären durchaus in der Lage, ihre Position auch differenziert zu begründen. Aber oft wollen Leute nur wissen, warum sie da jetzt nicht reinkommen oder warum jetzt gerade Streik ist. Dann läuft es halt oft auf die immer gleichen Formeln raus. Das ist sicher auch ein Problem.

OZ: *Wenn sich aber, wie du gesagt hast, viele BesetzerInnen differenziert mit den Inhalten auseinandergesetzt haben, warum wurden dann nicht schon Forderungen vor der Besetzung formuliert?*

DL: Weil wir die Besetzung eigentlich nur für Montag angedacht hatten. Aber bei einigen Aktionen fiel mir auf, dass viele Leute etwas gemacht haben – zum Beispiel die Präsidiumsbesetzung – und sich dann erst überlegt haben, was sie damit wollen. Das war schon auffällig. Aber ich glaube, dass auch Aktionsformen an sich etwas vermitteln.

OZ: *Nach dem langen Gespräch des Dekanats mit den BesetzerInnen gab es eine Stellungnahme des Dekanats zu deren Forderungen. Aber wird es jetzt wirklich konkrete Verbesserungen für die Studierenden geben?*

DL: Einige Antworten des Dekanats auf unsere Forderungen waren nur teilweise zufriedenstellend, andere gar nicht. Bisher hat sich auch noch nichts konkret geändert. Aber wir erleben gerade ein ganz neues Niveau an Transparenz und Einbindung von Seiten des Dekanats, was es die letzten zwei Jahre definitiv nicht gab. Am neuen achtsemestrigen Bachelor, der gerade sehr öffentlich und mit sehr viel Studi-Beteiligung entworfen wird, kann sich zeigen, ob die Ergebnisse Verbesserungen darstellen. Ich halte es jedenfalls nicht für ausgeschlossen.

OZ: *Das wäre dann aber kein Erfolg des Bildungsstreiks, sondern des neuen Dekanats.*

DL: Mein ganz subjektiver Eindruck ist, dass wir auf jeden Fall durch die Besetzung einen Eindruck hinterlassen haben, dass wir Studis nicht nur einfach mal mit zehn Leuten in den Gremien auftauchen können, sondern dass wir auch noch andere Mittel haben, um unsere Interessen durchzusetzen. Ich glaube, das hat die Gesprächsbereitschaft gefördert. □



Foto: ABI

* **Dennis Lantzberg** *studiert im sechsten Semester am OSI, ist Mitglied der FSI OSI und AStA-Referent. Er hat aktiv an vielen Aktionen des Bildungsstreiks 2009 teilgenommen, unter anderem auch an der Besetzung des OSI.*

Berufsziel: „Politikexperte“

DGAP-Forschungsdirektor Eberhard Sandschneider über Wege in die Politikberatung

von Alina Barenz

RECHERCHETIPP : BI-DOK

Die Bibliothek und Dokumentationsstelle der DGAP ist die größte Spezialbibliothek zur Außen- und Sicherheitspolitik in Deutschland. Sämtliche Artikel, Bücher und exklusiven Dokumente sind kostenlos und ohne Anmeldung zugänglich. Wer nicht selbst auf Literatursuche gehen will, kann für 11 Euro eine umfangreiche Recherche in Auftrag geben. Dazu einfach online das Recherche-Formular ausfüllen (www.dgap.org/bibliothek)

WANN UND WO ? : *Mo+Do von 9:30 – 16:30 Uhr, Di+Mi von 9:30 – 20:00 Uhr, Freitags von 9:30 – 15:00 Uhr in der Rauchstraße 17/18, 10787 Berlin. Tel.: 030 25 42 31-0*



Foto: AB

▷ Vom Briefing im Kanzleramt zum Interview eilen, einflussreiche Analysen publizieren und auf Podiumsdiskussionen als Experte debattieren - ein Traumjob für Politikwissenschaftler? Wie OSI-Absolventen den Einstieg in die wissenschaftliche Beratung schaffen können, weiß Prof. Dr. Eberhard Sandschneider. Der renommierte Fachmann für deutsche Außenpolitik und die Politik Chinas leitet seit 2003 das Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)* in Berlin.

OSI-Zeitung: *Herr Sandschneider, was sind die wichtigsten Kompetenzen eines Politikberaters?*

Sandschneider: Wer Politiker beraten will, sollte wissen, wie Politik funktioniert. Bei einem Abgeordneten oder in einem Ministerium bekommen Sie ein Gespür dafür, wie Menschen denken, die unter hohem Zeitdruck politische Entscheidungen fällen. Als Berater müssen Sie komplexe politische Inhalte auf zwei Seiten so zusammenfassen können, dass der Politiker damit etwas anfangen kann. Hierfür brauchen Sie ein gutes Zeitplansystem und professionelle Präsentationstechniken.

OZ: *Wie können sich Studierende auf einen Einstieg in die wissenschaftliche Politikberatung vorbereiten?*

Sandschneider: Aus meiner Erfahrung sind die Chancen dann nicht schlecht, wenn Sie eine solide Ausbildung in politikwissenschaftlichen Theorien und Methoden haben, plus Fachwissen über eine nachgefragte Region wie China, USA, Nahost, Indien. Idealerweise spezialisieren Sie sich dabei systematisch auf einen Forschungsbereich. Aber auch mit Expertise in einem nachgefragten Politikfeld wie der Energie- oder Klimapolitik haben Sie gute Aussichten. Darüber hinaus sollten sie unbedingt eine Zeit lang in einem anderen Kulturkreis gelebt haben. Neben Englisch ist mindestens eine zweite Fremdsprache nötig, die Sie in Wort und Schrift beherrschen sollten.

OZ: *Was für Stellen gibt es in Think Tanks für Wissenschaftler, die Politiker beraten wollen?*

Sandschneider: Es gibt bei uns im Forschungsinstitut sowohl selbstständige Honorar-Wissenschaftler, als auch Angestellte. Lebenszeitstellen bieten wir jedoch nicht. Die Mitarbeiter werden vor allem über Programme von Unternehmen und Stiftungen finanziert, die selten länger als zwei Jahre dauern. Ich bezeichne die DGAP deshalb als „Durchlauferhitzer“ für Karrieren. Viele Nachwuchswissenschaftler kommen für ein bis fünf Jahre und nutzen dann ihre Qualifikationen und Netzwerke, die sie in der DGAP erworben haben, um den nächsten Karriereschritt zu machen.

OZ: *Wie kann die Mitgliedschaft in der Jungen DGAP beim Jobeinstieg helfen?*

Sandschneider: Gerade in der Jungen DGAP können sich junge Leute vernetzen, die auf Jobsuche sind oder den Sprung in den Beruf gerade geschafft haben. Wie es funktioniert, lernt man am besten von Leuten, die in einer ähnlichen Situation sind oder ihren Weg gerade gefunden haben. Und wenn Sie nach einer DGAP-Veranstaltung jemanden bei einem Gläschen Wein ansprechen, ist das möglicherweise der Weg zum ersten Job.

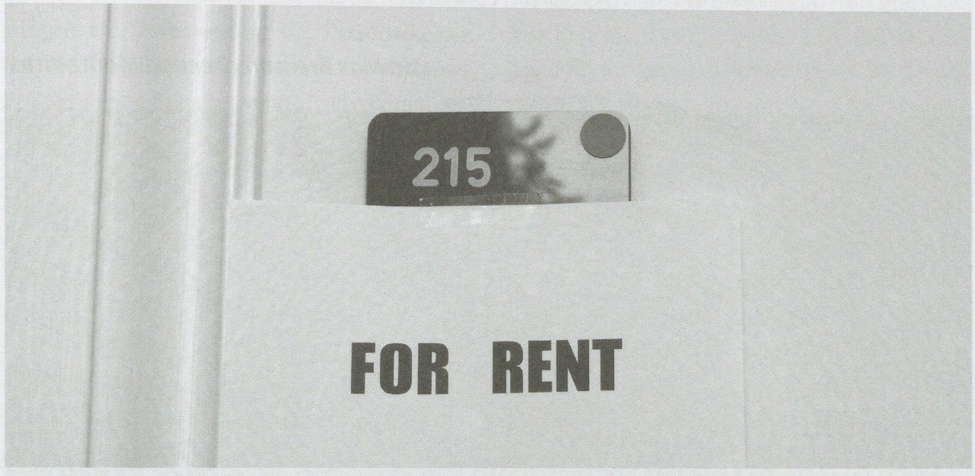
OZ: *Herr Sandschneider, vielen Dank für das Gespräch!* □

** Die DGAP fördert seit 1955 die außenpolitische Meinungsbildung in Deutschland und belegte gerade im weltweiten Ranking der besten nichtamerikanischen Think Tanks den 7. Platz. Weitere Infos: www.dgap.org*

Wie Miete zahlen Kosten spart

Warum der Fachbereich seine Räume in Zukunft kaufen muss

von Alina Barenz



Raumnummern gibt es bald nicht mehr umsonst *Foto: BG*

▷ Was auf den ersten Blick wie der nächste Coup des Präsidiums erscheint, ist für Verwaltungsleiter Detlef Brose ein entscheidender Schritt zu mehr Gerechtigkeit am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften: Ein neues Mieter-Modell soll verhindern, dass Räume ungenutzt leer stehen oder zweckentfremdet werden.

Seit einigen Jahren gab es im Berliner Senat Überlegungen, die Räumlichkeiten öffentlicher Institutionen – unter anderem der Hochschulen – durch ein Landesamt zentral zu verwalten. Ziel war es, die Räume wirtschaftlicher zu nutzen und Kosten einzusparen. Die Hochschulen liefen Sturm – und müssen nun ein internes Bewirtschaftungsmodell nach einheitlichen Kriterien entwickeln.

Neben dem Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften erklärte sich auch der FB Politik- und Sozialwissenschaften bereit, ein Modell zu erarbeiten, das nach einer Pilotphase FU-weit zum Einsatz kommen soll. Dazu sagt Detlef Brose, Leiter der Fachbereichsverwaltung: „Wir versprachen uns von der Mitarbeit, dass durch die frühe Einflussnahme die spezifischen Probleme unseres Fachbereichs besser Berücksichtigung finden, als wenn wir ein festes Konzept übernehmen müssten."

Nun passierte Folgendes: Zunächst wurde an den zum Fachbereich gehörenden Instituten, unter anderem am OSI, in Listen und Plänen genau erfasst, welche Räume von wem in welcher Weise genutzt werden. Dem so ermittelten „Ist" an Räumen steht ein „Soll" gegenüber, das sich aus einem Zuteilungsverfahren ergibt: Jedem vollen Mitarbeiter muss der Fachbereich einen Raum zur Verfügung stellen, dazu Toiletten, Mitarbeiterküche und Sitzungsräume. Ein Ungleichgewicht zwischen „Ist" und „Soll" führte am OSI zu einem Überschuss von 80 bis 100 Räumen. Einigen dieser Räume fallen gesonderten Funktionen zu: „Räume, die von der Fachschaft genutzt werden oder zum Beispiel das Rote Café sind anerkannt kostenfrei und bleiben dies selbstverständlich auch", so Brose.

Alle anderen Räume, die keinen so genannten Sondertatbestand erfüllen, werden in Zukunft vom Mieter-Modell betroffen sein. Das sind zum Beispiel Räume, die für die Laufzeit eines Drittmittelprojekts als Büros genutzt wurden und nach Ende des Projekts als Abstellkammer dienen oder völlig zweckentfremdet werden - wie ein Raum auf einem Foto an Broses Pinnwand, in dem ein Tischkicker steht. Hier soll der Fachbereich mehr Kontrolle ausüben können. Nach Ablauf eines Drittmittelprojekts wird die jeweilige Kostenstelle aufgefordert, den Raum zu räumen oder eben zu mieten – für monatlich 10,23 Euro pro Quadratmeter.

Verwaltungsleiter Detlef Brose fasst das Mieter-Modell aus seiner Sicht zusammen: „Ich sehe darin ein Steuerungsinstrument in zweierlei Hinsicht: Es wird für mehr interne Gerechtigkeit und für ein größeres Kostenbewusstsein am Fachbereich sorgen." Das Modell wird voraussichtlich zu Beginn des kommenden Jahres für alle Fachbereiche und auch für das Präsidium verbindlich sein – auf dessen Kostenberechnung freut sich Detlef Brose besonders. □

» Das Mietermodell wird für mehr interne Gerechtigkeit und für ein größeres Kostenbewusstsein am Fachbereich sorgen «

Pflichtmodul: Hauswirtschaftsleere

Das Geld hält das Markenzeichen des OSI am Leben: Den Streit.

von Max Breitsprecher und Moritz Ritter

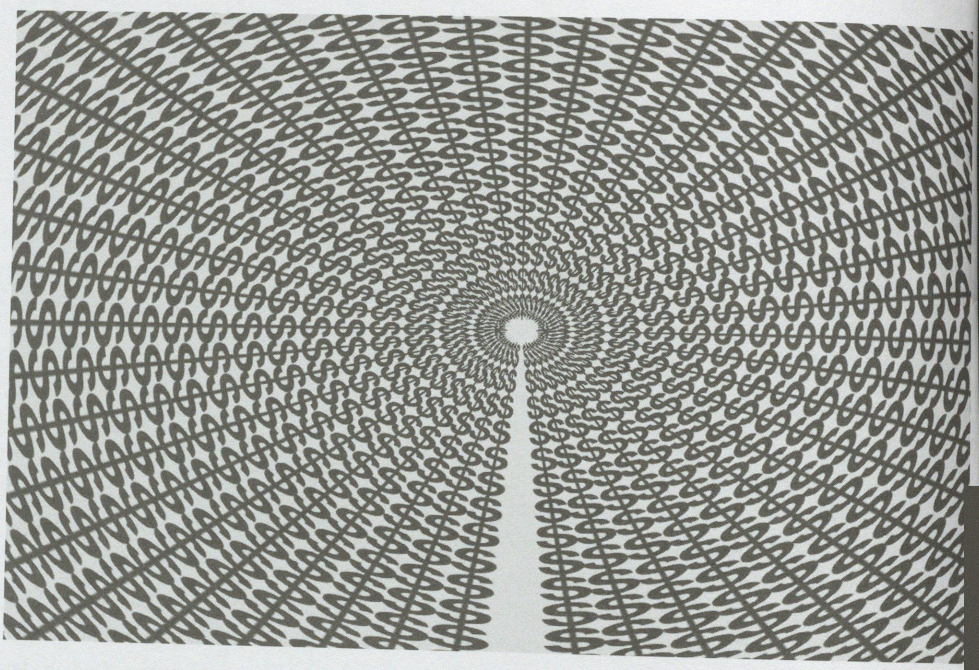


Illustration: Moritz Ritte

» Ein Blick auf den Haushaltsentwurf zeigt: Da fehlt das stolze Sümmchen von 80.000 Euro «

▷ Die „Aktion Banküberfall" ist gescheitert. Gut, ein paar Geldhäuser wurden gestürmt. Die Aktion fand in den Medien ein breites und recht positives Echo. Auch die Botschaft „mehr Geld für Bildung" ist gut herübergekommen. Aber das wichtigste haben die mit Wasserpistolen bewaffneten Bildungsgangster einfach vergessen: Säckeweise Fuffis mitzubringen! Vielleicht 1600 Stück? Denn die sind momentan bitter nötig, wenn man einen Blick auf den Haushaltsentwurf des Fachbereiches Politik- und Sozialwissenschaften für 2009/2010 wagt. Da fehlt das stolze Sümmchen von 80.000 Euro. Dafür könnte man sich glatt einen 7er BMW leisten. Neu. Plus Lenkradheizung mit Plüschbezug. Oder man gleicht eben den Haushalt aus. Herrn Brose, Verwaltungsleiter des Fachbereichs und seit 40 Jahren im Dienste der Universität unterwegs, würde letzteres wohl eher gefallen.

Genau 79.783 Euro fehlen in diesem Haushaltsjahr bis zur schwarzen Null. Doch wie kommt eigentlich ein Fachbereich an die begehrten Scheinchen?

Zunächst einmal erhält er, gemäß Strukturplan, eine feste Summe aufs meistens bitter leere Konto übertragen. Das heißt dann Globalzuweisung. Von dieser Summe müssen jedoch alle Fachbereiche 30 Prozent in einen großen, gemeinsamen Topf einzahlen, um sich im Anschluss gleich wieder um die gerade eingezahlten Mittel prügeln zu dürfen. Entscheidend ist dabei nicht die Muskelkraft. Sondern die Anzahl der Publikationen und angebotenen Lehrveranstaltungen, die Anstrengungen in der Gleichberechtigung von Frauen als auch die Summe der eingeworbenen Drittmittel. Dabei gibt es dann Gewinner und Verlierer.

Von den zunächst übrig gebliebenen 70 Prozent sollen eigentlich alle laufenden Kosten, sowohl des Fachbereichs als auch der einzelnen Institute bezahlt werden. Hier aber fehlen jetzt 80.000 Euro. Letztes Jahr waren es sogar mehr als 140.000 Euro, die jedoch zumindest teilweise durch Rücklagen gedeckt werden konnte. Diese Reserven sind jetzt aufgebraucht.

Das dicke Defizit hat insgesamt drei Gründe. Zum einen bekam der Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften in den letzten Jahren immer weniger Globalzuweisungen. Erst der diesjährige Haushaltsentwurf sieht eine winzige Erhöhung um 3000 Euro vor. Zum zweiten sind da natürlich die jährlichen Kostensteigerungen. ▷▷

Der entscheidende Punkt ist laut Detlef Brose jedoch die zunehmende Dezentralisierung der Kosten. „So viel wie jetzt mussten wir noch nie tragen. Immer mehr Sachkosten sind heute durch die Fachbereiche zu finanzieren. Dazu gehören z.B. Netzkosten, Telefon, Sonderreinigungen etc. Insbesondere die Personalkosten für die Überhänge sind schwer zu stemmen. Früher wurde das alles zentral verrechnet", erzählt Brose mit gerunzelter Stirn.

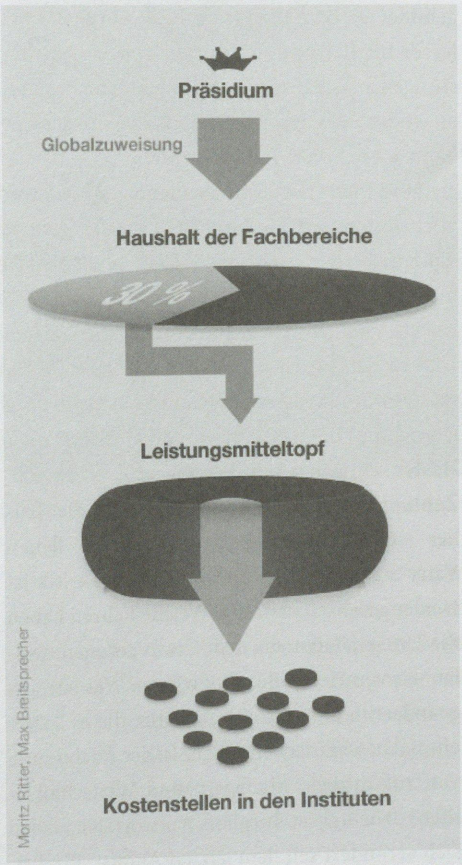
Die fehlenden Mittel müssen jedoch irgendwie aufgetrieben werden. Und genau hier kommen die hart erkämpften Leistungsmittel ins Spiel. Diese werden normalerweise auf die jeweiligen Kostenstellen, eine Art Bankkonto jedes Lehrenden, übertragen. So sollen vor allem diejenigen über die Verwendung der Leistungsmittel entscheiden, die sie erwirtschaftet haben. Um aber in den schwarzen Zahlen zu bleiben, muss nun verstärkt auf die Leistungsmittel zurückgegriffen werden.

Da haben jedoch die "Kontoinhaber" ein Wörtchen mitzureden – mehrere Wörtchen sogar. Der Fachbereichsrat hat jüngst beschlossen, dass das Geld der einzelnen Bereiche zukünftig nicht mehr verwendet werden darf, um den Haushalt am Institut oder dem Fachbereich auszugleichen. Ausnahmen davon darf nur der Fachbereichsrat beschließen. Ein Beschluss, den Brose als „völlig sinnlos" abtut. Natürlich werde er, wenn nötig, auf die Mittel zurückgreifen. Andere Wege blieben dem Fachbereich schließlich nicht.

Die Bereiche ähneln nun jedoch eher Schützengräben. Die, die Geld auf ihrem Konto haben und die, die auf dem Trockenen sitzen, stehen sich unversöhnlich gegenüber. Schauplatz dieser Kämpfe ist – neben ausdauernden Sitzungen des Institutsrates – das Professorium. Ein Gremium, das eigentlich keines ist, denn es gehört nicht zur offiziellen, institutionellen Struktur. Die ProfessorInnen treffen sich alle paar Wochen, loten Mehrheiten aus, diskutieren und beschließen. „Das ist das gleiche, wenn sich Studierende treffen, Dinge diskutieren und Beschlüsse fassen", erläutert Brose. Einen Unterschied gibt es aber doch: Die ProfessorInnen haben die Mehrheit in allen Gremien, die Studierenden nicht mal ein Viertel aller Stimmen.

Ob also Einrichtungen wie der SFB 700 oder die Frage der Ideengeschichtsprofessur, im Professorium werden die Weichen dafür gestellt. „Das Professorium stellt eine Parallelstruktur dar", kritisiert Berghahn. „Es wird dominiert von der Risse-Börzel-Fraktion. In diesem Gremium gibt es kein großes Interesse an einer Professur in Ideengeschichte oder der Rechtlichen Grundlagen." Da sind sie also wieder. Die altbekannten, tiefen Gräben am OSI. „Diese Frontenbildung muss aufhören", fordert Brose. Sie schwäche die Verhandlungsposition des Instituts gegenüber dem Präsidium immer weiter. Tatsache ist, dass das OSI die Leistungsmittel-Maschine derzeit vor allem aufgrund der Drittmittel-Einwerbung in den Bereichen der „Risse-Börzel-Fraktion" , also zum Beispiel IB oder Europäische Integration, mit einem Plus verlässt. „Unsere Leistungsträger sind Gold wert", gibt Brose zu bedenken. Der Wettbewerb fördert Gewinner und Verlierer zu Tage. Die unsichere Zukunft des Bereichs Rechtliche Grundlagen und die fehlende Professur für Ideengeschichte sind Beispiele für letzteres. Viele auslaufende Lehraufträge werden nicht mehr besetzt und auch am Verwaltungspersonal muss gespart werden. Diese Maßnahmen allerdings lassen Brose hoffen. Für 2011 sieht er eine deutliche finanzielle Entspannung am Horizont. Die ersehnten Fuffis, also. Wenn nicht, müssen demnächst vielleicht die ProfessorInnen für die Studierenden die Banken überfallen.

» Die Bereiche ähneln nun Schützengräben. Sie stehen sich unversöhnlich gegenüber «



Harvard verkauft Bilder

Alle reden von der Krise. An deutschen Unis ist sie noch nicht angekommen.

von Richard Oelmann



▷ „Die Neoklassik ist der Benchmark bei der Ausbildung. Wenn man die Neoklassik jedoch für die Welt hält, ist man im Grunde schlecht ausgebildet worden", sagt Hans Peter Burghof, Professor für Bankwirtschaft und Finanzdienstleistungen an der Universität Hohenheim. Er muss es wissen. Als Experte für Risikomanagement kann er sich vor Talkshowanfragen und Interviewterminen kaum noch retten, seit die ominöse Finanzkrise im vergangenen Sommer orkangleich über die globalisierte Medienwelt hereinbrach. Und in der Tat ist ja einiges verwüstet worden seitdem: Einstmals gepriesene Wirtschaftswunderstaaten entgehen nur knapp der Zahlungsunfähigkeit. Mega-Banken, die früher jeden Markteingriff verdammten, flehen Vater Staat um Hilfe an. Kapitalismuskritik ist wieder gesellschaftsfähig. Welche Lehren haben die Universitäten aus dem Crash gezogen, wollen wir von Herrn Burghof wissen. Was hat sich geändert in der Ausbildung derer, die es später einmal besser machen sollen? In der Ausbildung von zukünftigen Managern und Wirtschaftseliten? „Nichts", ist Burghofs Antwort. Nichts hat sich verändert seit dem letzten August. Ein kritisches Wörtchen hier, ein paar einschränkende Nebensätzchen dort. Die bestehenden Theorien weisen sich gegenseitig die Schuld zu. Ansonsten: Weiter so!

» Nur wenn die Masse der Studenten mit nachhaltigem Denken bekannt gemacht wird, bietet die Krise eine Gelegenheit, die Chancen einer nachhaltigen Finanzwirtschaft zu nutzen «

„Wie wir denken, so handeln wir", schreibt Martin Herrndorf in einem Artikel über „Finanzkrise an der Uni". Das Denken in der jetzigen Finanz- und Wirtschaftsausbildung der Fakultäten bestimmt die Entwicklungen der Zukunft. Deshalb die berechtigte Frage, ob daran gedacht wird, die aktuellen und vor allem einschlägigen klassischen Modelle der Volkswirtschaftslehre nun endlich einmal zumindest zu diskutieren, um das Handeln eventuell in nachhaltiges Handeln zu verändern.

„Letztlich waren und sind die Managementstudenten weltweit verantwortlich", schränkt Burghof ein. Die Logik der Kapitalmaximierung einer ganzen Volkswirtschaft sei dort vulgarisiert worden. Die rücksichtslose Gier einzelner sei zum Leitbild geworden. Für die Universitäten sieht er erst langfristig Folgen. „Unis sind ein gutes Subventionspaket", sagt er. Irgendwie müsse das Geld des Konjunkturpakets ja ausgegeben werden. Doch der politische Kampf ▷▷

bleibe bestehen. Bildung stehe zwar gerade ganz oben auf der Agenda, das müsse aber noch lange nicht so bleiben.

Direkte finanzielle Einbußen haben deutsche Unis durch die Krise bisher kaum erlitten. Anders als in den USA. Prominentestes Beispiel ist die Eliteuniversität Harvard, die bereits damit begonnen hat, ihre Kunstschätze zu verscherbeln. Um den Lehrbetrieb zu retten, werde sie ihr Museum für moderne Kunst schließen und die 8000 Exponate der Sammlung verkaufen, hieß es vor einigen Wochen. Die wichtigste Sammlung der Welt zur Nachkriegskunst in Nordamerika geht damit wohl nach und nach in Privatbesitz über. Undenkbar in Deutschland. Doch über Umwege werden auch deutsche Unis vom Finanzorkan durchgeschüttelt. Eines seiner Forschungsprojekte musste eingestellt werden, berichtet Hans Peter Burghof. Ein Förderverein hatte dort Sponsor gespielt, sich aber 2008 böse verspekuliert. Abschreibungen im fünfstelligen Bereich waren die Folge. Und auch die Spendenbereitschaft ging zurück. Es steht zu befürchten, dass in Zeiten privaten Sparens auch die Universitäten letztlich nicht ungeschoren davonkommen.

„Nur wenn die Masse der Studenten mit nachhaltigem Denken bekannt gemacht wird, bietet die Krise eine Gelegenheit, die Chancen einer nachhaltigen Finanzwirtschaft zu nutzen", schreibt Martin Herrndorf weiter in seinem Artikel. Ob und wie diese Chance genutzt wird, bleibt offen. Universität ist gerade jetzt und wird in Zukunft immer zu dem, was wir als Studierende daraus machen. Da werden wir noch so manches Abenteuer durchstehen müssen. Denk mit, mach mit, es kann nur besser werden. □

Sie müssen leider draußen bleiben

Über ein Missverständnis, das keines war

von Ole Vincent Guinand

▷ Kürzlich schickte ich meine Anmeldung für die Konferenz „Sozialgeschichte der Arbeit ‚nach dem Boom' – Deutschland und Europa seit den siebziger Jahren' ab. 15 Minuten später landete folgende Mail in meinem Postfach:

„Lieber Winfried, das ist ein Student der „Linken Liste" Politikwissenschaft (FU, Lektürekreis Marx usw.); wollen wir solche dabei haben oder soll ich - ganz freundlich - schreiben - das wir schon voll sind. Ich neige dazu. Herzlich Dietmar"

Zwei Minuten später, während ich über die Bedeutung dieser Mail des Organisators grübelte, erhielt ich diese Nachricht: „Lieber Herr Guinand, da ist eine Mail falsch rausgegangen; Sie können selbstverständlich teilnehmen. Mit freundlichen Gruessen Dietmar Süß"

Kurzerhand googlete ich meinen Namen und fand die Attribute „Linke Liste", „FU", „Lesekreis" und „Marx" in exakt dieser Reihenfolge vor. Mir wurde klar, dass es sich bei dem in der Mail geschilderten „Solchem" um mich handelt – und: dass Dr. Dietmar Süß, Historiker, eben diese Suchmaschine zur Wahl seiner Konferenzteilnehmer_Innen benutzt. Noch bevor ich wutentbrannt meine Antwort schreiben konnte, ertönte erneut das Eingangssignal in meinem Postfach:



„Sehr geehrter Herr Guinand, damit keine Missverständnisse entstehen und Sie die Mail falsch verstehen. Bei der Veranstaltung handelt es sich um eine Fachtagung und nicht um eine politische Veranstaltung. Die politische Orientierung der Teilnehmer spielt dabei keine Rolle. Für diese unglückliche Formulierung kann ich mich also nur entschuldigen. Mit freundlichen Gruessen Dietmar Süß" □

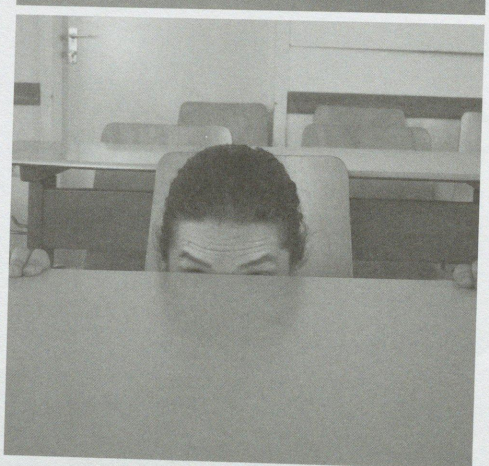
» *Das ist ein Student der „Linken Liste". Wollen wir solche dabei haben?* «

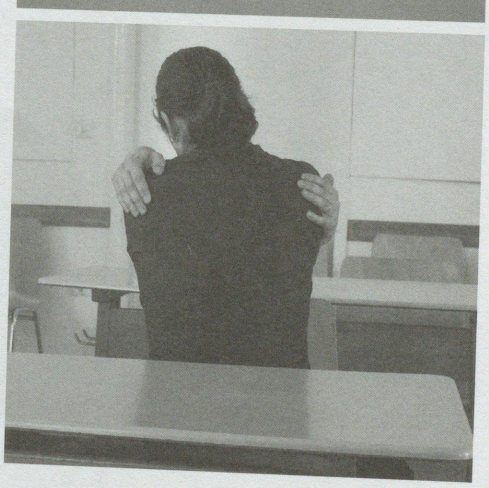
Angst on Campus

Gedanken eines Geisterjägers

von Dirk Dahm







Fotos: CM

» Jemand meinte einmal zu mir: „Dirk, du gehörst eigentlich in die Uni." Mit jedem weiteren Semester an der Uni wuchsen meine Zweifel an dieser Behauptung «

▷ „Weiße DozentInnen und StudentInnen scheinen gegenseitig Angst (?) voreinander zu haben". Dieser Satz beschäftigte mich die letzten Wochen. Mehr noch, er hat mich verfolgt. Ich bin weiß. Ich bin Student. Ich bin direkt angesprochen. Zuerst war ich irritiert. Dann musste ich schmunzeln. Gibt es denn keine Verbundenheit unter weißen Menschen? Habe ich nicht die Geister unter meinem Bett verscheucht? Bis vor kurzem war ich der Meinung mir über meine Ängste bewusst zu sein, sie eingeschätzt, bekämpft und viele überwunden zu haben. Leser_innen fragen sich vielleicht: „Was geht mich das an?"

Folgende Situation: Eine schwarze Studentin erhebt ihre Stimme gegen einen Professor, der rassistische Begriffe unreflektiert verwendet. Eine Diskussion entsteht. Studierende schlagen sich auf die Seite des Professors. Frust macht sich breit. Nach der Vorlesung kommen einige weiße Studierende auf die Betroffene zu, um einzugestehen, dass es falsch war, wie die Mehrheit im Seminar reagierte. Warum so spät? Aretha Schwarzbach-Apithy äußert in ihrem Artikel „Interkulturalität und anti-rassistische Weis(s)heiten an Berliner Universitäten" die eingangs zitierte Vermutung: Ängste, die auch in dieser Situation wirken, sind universitärer Alltag und nehmen verschiedene Formen an.

Ich fing an über Situationen nachzudenken, in denen sich Studierende trotz eines unhaltbaren Zustandes in Schweigen hüllen. Und um so mehr ich dies tat, desto häufiger fielen mir Situationen auf. Eine Dozentin sucht sich in jeder Sitzung willkürlich drei Personen heraus und stellt Fragen zu den Pflichttexten, um zu kontrollieren, ob diese gelesen und verstanden wurden. Keine_r wünscht sich wirklich eine dieser Personen zu sein. Abgesehen vom traurigen Schulcharakter dieser Methode ist es noch trauriger, dass keine_r Widerstand leistet und es der Dozentin scheinbar sogar Freude bereitet. Man könnte hier unterstellen, dass es niemanden stört. Aber mal ehrlich... In einem anderen Seminar ist der Großteil der Teilnehmenden unzufrieden mit der Art und Weise, wie das Seminar abläuft und Inhalte vermittelt werden. Mensch wird mit Sätzen „korrigiert" wie: „Da hast du wohl einen Denkfehler, der wird sich »

aber in den nächsten Wochen bestimmt klären". Willkürlich werden Beiträge herabgesetzt, auf begriffliche Fehler hingewiesen und an anderer Stelle Lob ausgeteilt und über die Verwendung problematischer Begriffe hinweg gesehen. Die Mehrheit regt sich auf – nach dem Seminar. Keine_r artikuliert seinen/ihren Unmut da, wo er auch hingehört. Warum?

Jemand meinte einmal zu mir: „Dirk, du gehörst eigentlich in die Uni." Mit jedem weiteren Semester an der Uni wuchsen meine Zweifel an dieser Behauptung. Angst Referate zu halten. Angst Hausarbeiten zu schreiben oder die Angst diese Zeilen zu schreiben. Warum? Während des Bildungsstreiks am Montag saß ich am Infostand vor der Ihnestraße 21. Zwei Mitarbeiterinnen aus dem Studienbüro kamen vorbei und plauderten ein wenig. Sie bekämen haufenweise E-Mails wegen des Streiks und der Besetzung der Fakultät. Studierende hätten Angst um ihre Scheine, um ihre Leistungen und würden verzweifelt fragen, was denn nun Sache sei und überhaupt und sowieso: PANIK! Warum? (Und flüsternd spricht eine Stimme zu mir: „Weiße DozentInnen und StudentInnen scheinen gegenseitig Angst (?) voreinander zu haben").

Was wäre denn die Konsequenz? Exmatrikulation? Bei Besetzung der Fakultät? Und wenn jemand seinen Unmut kundtut, machen Dozierende einen mundtot, laufen blutrot an, zücken den Rohrstock und der eigene Niedergang ist besiegelt. Klingt plausibel. Morgens stehe ich auf, esse mein Frühstück, geh auf Klo, rauche eine Zigarette und trotte zur Uni. Hatte ich einen Schutzengel oder ist der „Teufel" nur Schall und Rauch? Wovor hat mensch denn Angst?

„Ja aber Dirk, es geht doch nicht jedem so..." Sicher? Welchen Beruf bekomme ich später? Wie gut muss ich dafür sein? Gut, sehr gut, am besten, exzellent. Angst sich (nicht) hochschulpolitisch zu engagieren. Angst in einem Seminar etwas zu sagen. Angst davor Angst zu haben. „... aber was willst du uns damit sagen?" Eigentlich stelle ich eher einige Fragen. Wie entsteht solch eine Atmosphäre innerhalb der Universität? Was bedeutet das für die kritische Aufnahme von Wissen, wenn ständig die Angst im Nacken sitzt und zum Schweigen und zum Wegsehen animiert? Wieso bildet sich durch die Vorwegnahme von Konsequenzen vorauseilender Gehorsam? Weshalb ist weiß sein meist unbewusst? Warum werden die wichtigen Fragen nicht artikuliert?

„Was in uns herangezüchtet wird, ist das Bedürfnis nach Konformität, ein Bestreben, stets das zu sagen, was in der Gruppe anerkannt ist."
(Arno Gruen: „Der Fremde in uns")

Vielleicht gehöre ich wirklich nicht an diese Uni, denn ich will mich nicht von systematisch geschürten Ängsten treiben lassen. Mich nicht so sehr davon bestimmen lassen, dass ich nicht mehr in der Lage bin zu artikulieren, was mich stört. Ich will kein Leben aus faulen Kompromissen führen.

Und wenn ich das heute, jetzt und hier in der Uni zulasse, wie soll das dann nach der Uni aussehen? Ich habe keine Lust mehr, mich blockieren zu lassen durch die Angst nicht irgendeiner Norm zu entsprechen und dadurch den Verlust von Privilegien zu riskieren. Ob das nun die Norm im Roten Café ist oder die Norm innerhalb des universitären Alltags. Vielleicht haben wir Angst davor, Privilegien zu verlieren. Was für Privilegien sind das überhaupt? Was verlieren wir dadurch, dass wir uns letztlich mit diesen „Privilegien" abfinden?

» Welchen Beruf bekomme ich später? Wie gut muss ich dafür sein? Gut, sehr gut, am besten, exzellent «

Bei all den Fragen habe ich zumindest für mich einen Entschluss gefasst: Immer wieder mal unter mein Bett zu schauen und die dort hausenden Geister auf zu scheuchen. Nennt mich Geisterjäger.* □



Manchmal zum Fürchten: Das OSI *Foto: CM*

** Ich hoffe mir ist es gelungen eine viktimisierende Darstellung weißer Studierender zu vermeiden und nicht den Eindruck zu vermitteln, es seien ausschließlich Ängste weißer Studierender ursächlich für Rassismus in der Universität. Ich wollte lediglich meinen gedanklichen Prozess zum Thema skizzieren. Anstoß dazu war der oben genannte Aufsatz von Aretha Schwarzbach-Apithy der das Thema Rassismus an Berliner Universitäten behandelt.*

FU- Failing University?

Eine Analyse des SFB mit seinen eigenen Mitteln

von Frederic Heine

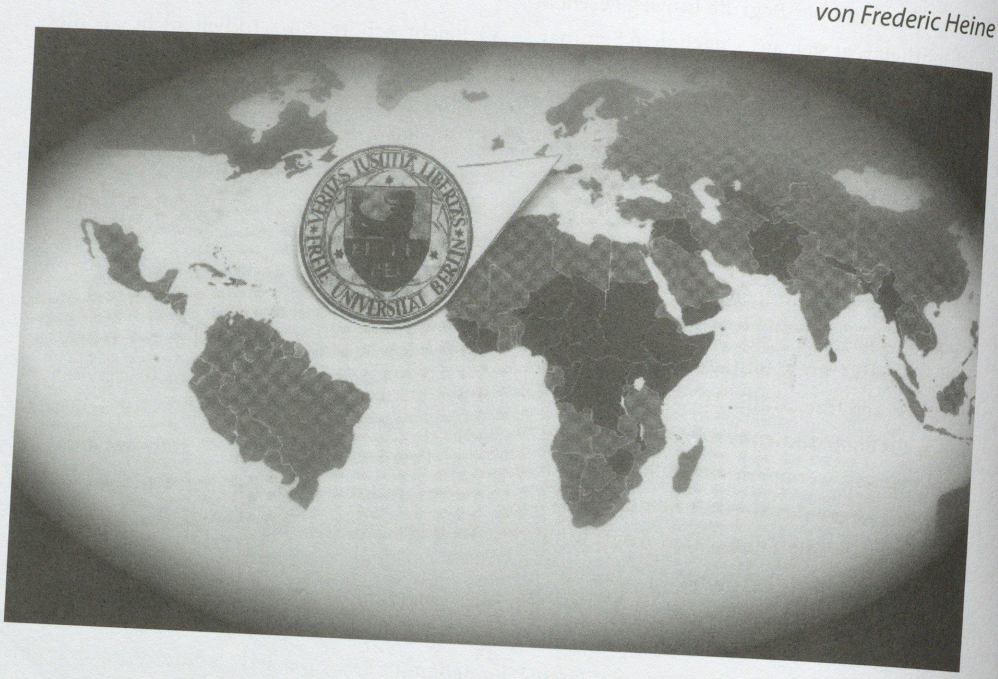


Illustration: AB

» Sind die Governance-Leistungen erstmal aus dem engen Korsett des Universitätsbegriffs befreit worden, kommen „alle Formen der kollektiven Regelung" hoschschulpolitischer „Sachverhalte" in den Blick «

▷ Was haben Nigeria, Süditalien und Berlin-Neukölln gemeinsam? Es handelt sich dabei nach unserem Verständnis um Räume begrenzter Staatlichkeit. Begrenzte Staatlichkeit liegt dann vor, wenn einem Staat die „effektive Souveränität" nach innen abgeht, wenn also „Leistungen in den Bereichen Herrschaft, Sicherheit und Wohlfahrt" (alle Zitate aus: Risse/ Lehmkuhl: „Regieren ohne Staat? Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit") nicht mehr von staatlicher Seite erbracht werden können und potentiell in die Hände privater, nicht rechenschaftspflichtiger Akteure fallen : der „Warlords".

Doch wer hätte sich auch nur im Traum vorstellen können, dass ein ganz ähnliches Urteil auch über unsere Universität gefällt werden muss? Amerikanische Forscher haben herausgefunden, dass das Konzept der begrenzten Staatlichkeit – als begrenzte Universitäthaftigkeit – auch auf Universitäten angewandt werden kann. Die Güter, die diese herzustellen haben, sind: Forschung, Berieselung, Definition. Eine jüngst hierzulande veröffentlichte Studie zeigte auf, dass auch die Freie Universität Berlin, einst ein Leuchtturm im trüben Meer der Hochschulen, in puncto Universitäthaftigkeit zu einem Schlusslicht geworden ist.

Über einige Bereiche nämlich verliert die FU allmählich die Kontrolle: Insbesondere in SFBs, Exzellenzclustern, Graduate Schools und neuerdings Kolleg-Forschergruppen (KFGs) wird die Entscheidungskompetenz der Fachbereiche unterhöhlt. Es macht Sinn, die FU daher zwar nicht als „zerfallene", aber durchaus als „schwache" Universität zu einzuschätzen – ein zunächst niederschmetterndes Diktum.

Der Vorteil der Governance-Forschung ist es aber, dass diese Feststellung kein Grund ist sofort Trübsal zu blasen. Denn sind die Governance-Leistungen erstmal aus dem engen Korsett des Universitätsbegriffs befreit worden, kommen „alle Formen der kollektiven Regelung" hochschulpolitischer „Sachverhalte" in den Blick. Governance erzeugt als Ergebnis des Zusammenwirkens zivilgesellschaftlicher, privater und staatlicher Akteure, die jeweils „egoistische Nutzenmaximierung" betreiben, auch für die Berieselten eine „minimale Normativität" , was die Versorgung mit den besagten Gütern anbelangt. Maximierter Nutzen und minimierte Normativität – und schon regiert es sich wieder. Letztlich gilt für uns aber die Maxime: „Welche Form politischen Handelns legitim ist und wann es als effektiv bezeichnet werden kann, sind empirische Forschungsfragen" .

Das heißt, es muss um Fälle gehen. Wir wollen einmal exemplarisch fragen, ob die Kolleg-Forschergruppe (KFG) „The Transformative Power of Europe" der Research Directors Tanja Börzel und Thomas Risse diesen empirischen An- ⏩

sprüchen standhält. Tragen ihre Aktivitäten zur Bereitstellung der drei Güter Forschung, Berieselung und Definition bei?

Bei „Forschung" handelt es sich um die simple Frage, ob diese KFG Arbeitsplätze im Bereich Forschung zur Verfügung stellt. Nach eigener Aussage ist dies der Fall. In Sachen „Berieselung" stellt sich die Frage, ob die KFG das Lehrangebot der Institutionen (darunter die FU Berlin), in die sie verankert ist, bereichert. Dies ist in dem Konzept der KFGs, das 2006 vom Wissenschaftsrat initiiert wurde, vorgesehen: Es „sollte sowohl von den grundfinanzierten Mitarbeitern wie auch von Seiten der Gastwissenschaftler eine geringe und doch für die Universität attraktive Beteiligung an der Lehre erwartet werden". Und auch die Leistung „Definition", also die Festlegung dessen, was wie erforscht werden soll, wird vom KFG geleistet.

» Wie soll mit dieser Räuberbanden-Problematik nun umgegangen werden? «

Die entscheidenden Güter werden von der KFG also bereitgestellt. Das heißt aber noch nicht, dass es sich im Ergebnis um „Hochschul-Governance" handelt – diese würde nämlich eine „minimale Normativität" auch hinsichtlich der Verteilung dieser Güter erfordern. Als Unterscheidungskriterium gilt: „Je exklusiver die Gruppe, für die die Leistungen bereitgestellt werden, desto weniger geht es um Governance und stattdessen um „Gaunerment"". Governance oder Gaunerment – das ist hier die Frage. Die Antwort lässt sich hier nur vermuten. Die Auskunft der Homepage der KFG, „We bring together research on European affairs in the Berlin-Brandenburg region and institutionalize the cooperation with other universities and research institutions", ist angesichts der personalisierten Struktur der KFGs mit Vorsicht zu genießen. Fraglich ist nämlich, ob das Gut Forschung maximiert und per trickle-down-effekt indirekt allen zu Gute kommt (governance) oder ob die Institutionalisierung von Forschung in den Händen zweier ohnehin „herausragender" (lies: machtvoller) Akteure de facto eine „künstliche Verknappung" und exklusive Verteilung des Guts Forschungsmöglichkeit bedeutet (Gaunerment). In der derzeitigen Lage, können die Berliner Universitäten mit einer massiven politischen Verknappung dieser Güter seitens der Geldgeber - des Berliner Senats - rechnen. Es besteht die begründete Gefahr, dass diese Akkumulation von Forschungsmöglichkeiten in den Händen teilprivater Akteure – Thomas Risse und Tanja Börzel – unseres Erachtens nach genau letzteres ist: nämlich „künstliche Verknappung öffentlicher Güter, die als Club-Güter nur noch den eigenen klientelistischen Netzwerken zur Verfügung gestellt werden".

In Zusammenwirkung mit anderen privatisierten Forschungseinrichtungen kann die Einrichtung der Kolleg-Forschergruppe „The Transformative Power of Europe" insgesamt als Verknappung der Güter Forschung, Berieselung und Definition und damit als Gefährdung der Universitätshaftigkeit der FU begriffen werden. Diese Institutionenschwäche kann wiederum dazu führen, dass „Warlords" diese Leistungen „verknappen und als privates Gut gegen Bezahlung zur Verfügung stellen" .

Die Frage, die sich dem anschließt, ist, wie mit dieser „Räuberbanden-Problematik" nun umgegangen werden soll. Gerade der „Familienclan" um Thomas Risse und Tanja Börzel wird noch für einige Schwierigkeiten sorgen. Bleibt wohl am Ende nur eine Intervention der internationalen Universitätengemeinschaft übrig? □

IMPRESSUM

Die OSI-Zeitung erscheint am FB Politik- und Sozialwissenschaften der FU Berlin

Redaktion: Franziska Karoline Grell, Marcel Heberlein , Gerrit Horak, Moritz Ritter, Christa Roth, Björn Uhlig

Layout: Max Enno Hildebrandt, Gesine Hildebrandt, Moritz Ritter

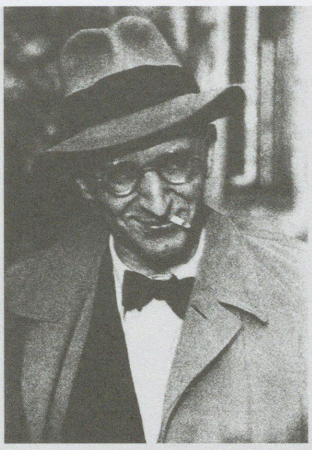
Fotos: Alina Barenz (AB), Alena Biegert (ABI), Christian Mutter (CM), Christa Roth (CR)

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Max Breitsprecher, Max Czollek, Dirk Dahms, Bianca Geburek, Frederic Heine, Falk Lüke, Richard Oelmann, Plamena Peneva

Druck: Herforder Druck, Herford

Kontakt: osi_zeitung@yahoo.de, http://osizeitung.siteboard.de

V.i.S.d.P.: Gerrit Horak, Pannierstraße 13, 12047 Berlin



OSI CLUB

Verein der Freundinnen und Freunde
des Otto-Suhr-Instituts e.V.

Kontakte kannst Du nie genug haben.

Auch Studierende können Mitglied im OSI-Club werden! Der OSI-Club bildet ein Netzwerk von Studierenden, Absolventen und Angehörigen des OSI und engagiert sich für das Institut:

- Wir organisieren eine Online-Praktikabörse, mit weltweiten interessanten Angeboten.
- Wir tragen in unseren Förderbereichen "Afrika" und "Politik & Kommunikation" zur Lehre am OSI bei.
- Wir veranstalten den Berufspraxistag als Infoveranstaltung für Studierende.
- Wir kümmern uns um Qualität und verleihen den LorBär für ausgezeichnete Abschlussarbeiten und herausragende Lehre

Der OSI-Club hat mittlerweile über 775 Mitglieder - in Berlin und weltweit. Ob bei ARD oder ZDF, ob bei Daimler oder DGB, ob in Abgeordnetenhaus oder Bundestag, ob bei taz oder Tagesspiegel: OSI-Clubber finden sich überall.

Vorteile (für 1.66 € / Monat oder 20 € / Jahr)

- Du unterstützt schon im Studium die vielseitigen Club-Aktivitäten.
- Du wirst bei Clubveranstaltungen mit begrenzter Teilnehmerzahl bevorzugt.
- Du behältst Deine ZEDAT-Adresse nach dem Studium.
- Du kannst aktiv mithelfen und mitgestalten, wo andere nur passiv konsumieren.

Mehr Infos? Mitglied werden oder Nachfragen?

Beitrittsformular auf www.osi-club.de **>>** Mitglied werden runterladen, ausfüllen und abschicken! Oder E-Mail an info@osi-club.de.

Der OSI-Club bietet laufend Praktika an - aktuell: Club-Praktikum ab 17.08.09, Rückfragen und Bewerbung bis 17.07.09 an stahl@osi-club.de.

Berufspraxistag – Fragebogen

OSI CLUB
Verein der Freundinnen und Freunde des Otto-Suhr-Instituts e.V.

Wir möchten gerne **Deine Meinung zum Berufspraxistag** erfahren, damit er noch besser auf Deine Bedürfnisse hin organisiert werden kann! Der OSI-Club hat in den vergangenen Jahren mehrfach Berufspraxistage organisiert, bei dem jeweils 32 OSI-Absolventen aus 8 Berufsfeldern über ihren Berufsalltag und ihren Weg in den Job berichtet haben. Die 8 Gesprächsrunden liefen jeweils 45 Minuten auf dem Podium, dem folgten nochmal 45 Minuten für Nachfragen unter vier oder mehr Augen (Weitere Informationen: www.osi-club.de/berufspraxistag).

1. In welchem Semester studierst Du? _____ *Bitte Semesterzahl eintragen!*

2. Ist Dir der Berufspraxistag bekannt?
   - Ja ☐
   - Nein ☐

3. Hast Du schon einmal am Berufspraxistag teilgenommen?
   - Ja ☐
   - Nein ☐

4. Welche Berufsfelder interessieren Dich? *Mehrere Antworten möglich*
   - Panel 1 - Politik, Parlamente & Behörden ☐
   - Panel 2 - Verbände & NGOs ☐
   - Panel 3 - Wirtschaft & Industrie ☐
   - Panel 4 - Politische Erwachsenenbildung ☐
   - Panel 5 - Public Affairs & Pol. Kommunikation ☐
   - Panel 6 - Journalismus ☐
   - Panel 7 - Politikberatung ☐
   - Panel 8 - Internationale Dienste ☐
   - Keines der angegebenen ☐

5. Fehlen Dir bestimmte Berufsfelder?

   Ja ☐ ➔ Und welche sind das? _____

   _____

   Bitte eintragen!

   Nein ☐

6. Ist die Dauer der Veranstaltung (1 Tag) Deiner Meinung nach
   - zu lang ☐
   - oder genau richtig? ☐

7 Ist die Dauer der Podiumsrunden (45 Min) Deiner Meinung nach
   - zu lang ☐
   - zu kurz ☐
   - oder genau richtig? ☐

8. An welchem Wochentag würdest Du den Berufpraxistag veranstalten? *Mehrere Antworten möglich*
   - Montag ☐
   - Dienstag ☐
   - Mittwoch ☐
   - Donnerstag ☐
   - Freitag ☐

9. Wärst Du bereit, beim nächsten Berufspraxistag mitzuhelfen?
   - Ja ☐ ➔ Bitte gib Deine E-mail Adresse an: _____
   - Vielleicht ☐ ➔ Bitte gib Deine E-mail Adresse an: _____
   - Nein ☐

Vielen Dank für Deine Mitarbeit!

Bitte wirf den ausgefüllten Fragebogen in den Briefkasten Ihnestr.22!